
AKTUELL

BILDUNG

WISSENSCHAFT

Studienerfahrungen und studentische Orientierungen

4/89

Drei Erhebungen zur Studiensituation
in den achtziger Jahren



Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft · Referat
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit · Postfach 200108 · 5300 Bonn 2

BMBW

Tino Bargel/Gerhild Framhein/Hansgert Peisert/
Johann-Ulrich Sandberger

Studienerfahrungen und studentische Orientierungen

Drei Erhebungen zur Studiensituation
an Universitäten und Fachhochschulen
in den Wintersemestern 1982/83, 1984/85 und 1986/87

Kurzfassung

Bonn 1989
Herausgegeben vom
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Vorwort

Annähernd 1,5 Millionen Studenten sind für die Hochschulpolitik und unser Hochschulsystem in den kommenden Jahren eine Herausforderung, die uns zu neuen Überlegungen Anlaß geben sollte. Sie erfordert eine Neuorientierung des bildungspolitischen Handelns von Bund und Ländern.

Dabei geht es nicht allein um zusätzliches Geld für die Hochschulen. Zu entwickeln ist ein in der Zukunft tragfähiges hochschulpolitisches Konzept, das die Hochschulen insbesondere auf ihre Rolle der wissenschaftlichen Berufsvorbereitung und Qualifizierung in einem europaweiten Wettbewerb vorbereitet. Die dafür erforderlichen Entscheidungen müssen auf der Grundlage gesicherter Daten und Aussagen getroffen werden, die mögliche Schwachstellen oder Fehlentwicklungen frühzeitig sichtbar machen.

Zu diesen Grundlagen gehört auch die kontinuierliche Beobachtung der Studiensituation und der studentischen Orientierungen an Universitäten und Fachhochschulen. Sie wird seit 1982 mit periodischen repräsentativen Befragungen von Professor Hansgert Peisert und seiner Konstanzer Arbeitsgruppe für Hochschulforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft durchgeführt. Der jetzt vorgelegte Untersuchungsbericht über die dritte Erhebung im WS 1986/87 faßt erstmals deren Ergebnisse mit denjenigen der vorangegangenen Erhebungen (WS 1982/83 sowie 1984/85) vergleichend zusammen.

Der Bericht zeigt Trends und Stabilitäten auf, aber auch zwischen 1983 und 1987 zu beobachtende starke Veränderungen, vor allem bei den beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Orientierungen der Studierenden. Dabei ist die Entwicklung zu einem rationalen Pragmatismus eine vorherrschende Grundströmung in der Studentenschaft der 80er Jahre. Spätere Berufschancen gewinnen für die Studienmotivation und Studienfachwahl zunehmend an Bedeutung. Einher geht dies aber auch mit der Abnahme ideell-sozialer und der Zunahme materialistisch-egoistischer Werthaltungen, eine Entwicklung, die durchaus politischer und pädagogischer Aufmerksamkeit bedarf.

Diese Veränderungen der Studienmotivation und der Werthaltungen schlagen sich in den Studienfachpräferenzen und der Hochschulwirklichkeit deutlich nieder: Der Trend geht zu den Fächern, die ihren Absolventen bessere Beschäftigungs- und Einkommensaussichten versprechen, zu Fächern also, deren Studiengänge an Universitäten und Fachhochschulen heute besonders belastet sind.

Ein möglichst schnelles Studium ist aber keineswegs der Wunsch eines jeden Studenten. Trotz der starken, von der Bundesregierung nachhaltig unterstützten Bestrebungen der Länder, die Studienzeiten an den Hochschulen zu verkürzen, hält jeder fünfte Universitätsstudent ein schnelles Studium eher für nachteilig. Alle hochschulpolitisch Verantwortlichen werden dieser unter Studierenden noch verbreiteten Vorstellung weiter entgegenreten müssen.

Aufschlußreich für das politische Klima in der Studentenschaft sind die teilweise radikalen Verschiebungen in der Unterstützung und Ablehnung wichtiger politischer Ziele. Radikal-sozialistische Ziele werden ebenso wie Ziele mit Risikopotentialen für die Zukunft (verstärkte Nutzung der Kernenergie oder Erhöhung der militärischen Anstrengungen) nunmehr einmütig abgelehnt. Erdrutschartig haben alternative Orientierungen in der Studentenschaft an Zustimmung eingebüßt, vor allem der „alternative Grundwert“ der Selbstverwirklichung. Reformen im Rahmen stabiler politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse — Gleichstellung der Frauen, Priorität des Umweltschutzes — stehen in der politischen Zielhierarchie oben an.

Verbunden mit diesem Wertewandel ist, daß nur noch wenige Studenten an hochschulpolitischen Fragen und Entwicklungen interessiert sind; ein größerer Teil hat sogar ausdrücklich sein Desinteresse erklärt. Dementsprechend ist die aktive Teilnahme an der Hochschulselbstverwaltung auf einen kleinen Kreis von Stu-

dierenden beschränkt. Dies ist zu bedauern. Die Studentenschaft sollte die pragmatische Einsicht gewinnen, daß ihren Interessen mit stärkerem hochschulpolitischen Engagement am besten gedient ist.

Insgesamt liefert der vorliegende Trendbericht eine Fülle differenzierten Materials über die Entwicklung der Studiensituation an Universitäten und Fachhochschulen in den 80er Jahren sowie über die gesellschaftlichen und politischen Wertorientierungen der Studenten. Seine repräsentativen Befunde bilden für Bund, Länder und Hochschulen eine wichtige Grundlage für empirisch geleitetes Handeln auf diesen Gebieten. Zugleich zeigen sie, an welchen Anforderungen aus studentischer Sicht sich künftiges politisches Handeln messen lassen muß.

Herrn Professor Dr. Peisert sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Konstanzer Arbeitsgruppe für Hochschulforschung sage ich großen Dank.



Jürgen W. Möllemann
Bundesminister für
Bildung und Wissenschaft

Inhalt	Seite
1 Absichten und Anlage der drei Studentenforschungen	3
2 Veränderungen im sozialen Profil der Studentenschaft	6
3 Studienstrategien und Studiendauer: Wollen oder können die Studierenden nicht kürzer studieren?	11
4 Studienanforderungen und Qualität der Lehre: große Unterschiede im Standard der Fächer	15
5 Soziale Situation im Studium: Mängel in Kontakten und bei der Betreuung	21
6 Auffallender Trend in der Medizin: mehr Unzufriedenheit, Unsicherheit und Aggressivität	25
7 Studentinnen verstärken ihre Forderungen	28
8 Hochschulpolitisch gleichgültiger, aber zunehmende Protestbereitschaft	31
9 Umschwung in den angestrebten Tätigkeitsbereichen	37
10 Politische Haltungen: Absage an Extreme, aber kritische Grundhaltung verfestigt	41
11 Wertwandel: Die "stille Revolution" verliert ihre Anhänger	46
Literaturverzeichnis	51

1 Absichten und Anlage der drei Studentenerhebungen

Dreimal sind Studierende an Universitäten und Fachhochschulen in den achtziger Jahren von uns befragt worden: in den Wintersemestern 1982/83, 1984/85 und 1986/87. Damit soll den vorhandenen Erhebungen zu den materiellen Aspekten der Studiensituation und zu den Ausbildungsverläufen eine Studie zur Seite gestellt werden, die sich auf Studienerfahrungen und Studienstrategien sowie auf berufliche und gesellschaftliche Orientierungen der Studierenden bezieht. Sie soll dazu verhelfen, die Studentenschaft in ihren Motiven, Erwartungen und Urteilen zu verstehen, auf Problemzonen der Hochschulausbildung aus der Sicht der Studierenden aufmerksam zu machen sowie Aussagen über die Studentenschaft aufgrund der systematischen Informationen qualifizieren, gegebenenfalls zurechtrücken zu können.

Eine wichtige Absicht der Erhebungsreihe liegt darin, verlässliche und über die Zeit vergleichbare Informationen zu erhalten. Da das Konzept einer kontinuierlichen Informationsgewinnung über die Entwicklung der Studiensituation wiederholte Erhebungen verlangt, wurde dies in Form standardisierter, schriftlicher Querschnittbefragungen im Zwei-Jahres-Rhythmus realisiert. Die Vergleichbarkeit ist außerdem durch die Einbeziehung der gleichen Universitäten und Fachhochschulen sowie durch ein gleichbleibendes Auswahlverfahren der Studierenden gewährleistet.

Die Auswahl der vierzehn beteiligten Universitäten und Fachhochschulen berücksichtigt die verschiedenen vorhandenen Arten (Universitäten, Technische Universitäten, Gesamthochschulen, Fachhochschulen) und Größenordnungen der Hochschulen in ihrer Streuung über die Bundesländer. Die Studenten, die gebeten wurden, sich an der Befragung zu beteiligen, wurden alle nach dem Zufallsverfahren ausgewählt (in der Regel etwa jeder Zehnte an den beteiligten Hochschulen). Aus datenschutzrechtlichen Gründen wurden der Projektgruppe weder Namen noch Adressen der ausgewählten Studenten zur Verfügung gestellt. Die Erhebungsunterlagen wurden jeweils von den Hochschulen direkt an die Studierenden versendet.

Dank der Unterstützung durch die Hochschulen konnten die Erhebungen jeweils ohne größere Probleme durchgeführt werden. Die Beteiligung der angeschriebenen Studenten von 41,3 Prozent, 44,7 Prozent und 44,0 Prozent in den drei Erhebungen entspricht den für schriftliche Umfragen erwartbaren Quoten, wenn wegen der Anonymität gezielte Mahnungsmöglichkeiten nicht bestehen.

Selbstverständlich sollen die Befunde weitgehend repräsentativ für die deutschen Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen sein. Darüberhinaus werden tiefer gestaffelte Analysen angezielt, zum Beispiel nach Fächergruppen und Einzelfächern, nach Geschlecht und Semesterzahl, nach dem Leistungsstand und den Berufsaussichten. Wegen der unterschiedlichen Studienbedingungen in den Fächern, etwa hinsichtlich Regelungen und Anforderungen, erweisen sich solche Unterscheidungen als unumgänglich, um angemessene Einsichten in Veränderungen und Stabilitäten der Studiensituation wie der studentischen Orientierungen zu gewinnen. Um solche differenzierten Analysen auf einer gesicherten Basis zu ermöglichen, muß sich eine große Zahl von Befragten beteiligen.

Deshalb bearbeiteten jeweils viele Studierende den Fragebogen: in der ersten Erhebung 6.607 Universitäts- und 1.059 Fachhochschulstudenten; in der zweiten waren es 7.663 an Universitäten und 2.324 an Fachhochschulen und in der dritten 7.532 an Universitäten und 2.279 an Fachhochschulen. Insgesamt haben sich damit 27.464 Studierende der Mühe unterzogen, die ausführliche Reihe unserer Fragen zu beantworten. Für ihre Bereitschaft mitzuwirken danken wir all diesen Studierenden.

In der Berichterstattung zu den einzelnen Erhebungen wird jeweils ein thematischer Schwerpunkt gesetzt. Bei der ersten Befragung waren dies die beiden Übergangsphasen von der Schule zur Hochschule und vom Studium in den Beruf, wobei vor allem den Belastungen und Folgen ungünstiger Berufsaussichten nachgegangen wurde (vgl. Bargel et al. 1984). Da bei der zweiten Erhebung die Fachhochschulen vollständig einbezogen wurden, lag es nahe, dem Vergleich der Studiensituation an Universitäten und Fachhochschulen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, zum Beispiel hinsichtlich Regelungsdichte, Praxis- und Forschungsbezug oder hinsichtlich der Kontakte zwischen Hochschullehrern und Studierenden (vgl. Peisert et al. 1988).

Mit der dritten, im Wintersemester 1986/87 durchgeführten Erhebung rückt nun der zeitliche Vergleich zur Entwicklung der Studiensituation und der studentischen Orientierungen in den Vordergrund. Verglichen mit den Sozialerhebungen, die 1985 bereits zum elften Mal durchgeführt wurden (vgl. Isserstedt et al. 1986), ist mit unseren drei Erhebungen sicherlich erst eine bescheidene Zeitreihe entstanden. Da sie aber über drei Meßzeitpunkte im Abstand von jeweils zwei Jahren erfolgte, erlaubt sie erstmals Trends und Stabilitäten der Erfahrungen und Orientierungen von Studierenden in den 80er Jahren aufzuzeigen, wie es anhand von Einzeluntersuchungen bislang nicht möglich war.

Wie angebracht eine kontinuierliche und zugleich differenzierte Erfassung der studentischen Erfahrungen im Studium ist, belegt ein Blick auf die Entwicklung der Studentenzahlen: Im Zeitraum zwischen 1983 und 1987, den unsere Erhebungen umfassen, sind die Studentenzahlen an Universitäten wie Fachhochschulen deutlich angestiegen. Während die Universitäten einen Zuwachs um 12 Prozentpunkte registrieren, fällt er an den Fachhochschulen mit 30 Prozentpunkten sogar noch erheblich stärker aus. Besuchte anfang der 80er Jahre etwa jeder fünfte Studierende eine Fachhochschule, ist es zum Ende des Jahrzehnts bereits jeder vierte. Auch darin drückt sich die gewachsene Bedeutung der Fachhochschulen aus (vgl. Tabelle 1).

Hinter der pauschalen Zunahme der Studierenden verbergen sich ganz unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Fächern. Einige Fächer verzeichnen einen außerordentlich starken, ja dramatischen Zuwachs, andere Fächer stagnieren, und bei einer Reihe von Studienfächern ist sogar ein Rückgang der Studentenzahlen eingetreten. An den Universitäten ist der Zuwachs am größten in der Informatik, den Wirtschaftswissenschaften, insbesondere der Betriebswirtschaftslehre, sowie in der Humanmedizin, der Physik, in Philosophie, Geschichte und den außereuropäischen Sprachen; außerdem in den Fächern Maschinenbau und Elektrotechnik an Technischen Universitäten. Rückläufig sind die Studentenzahlen dagegen in Germanistik, Anglistik und katholischer Theologie, in Soziologie und Wirtschaftspädagogik, aber auch in der Sportwissenschaft, der Mathematik und bei den Bauingenieuren. An den Fachhochschulen entfällt der Zuwachs weit überproportional auf die Naturwissenschaften (insbesondere Informatik) und die Wirtschaftswissenschaften, während im Fachgebiet Sozialwesen die Studentenzahlen zurückgingen. Dadurch haben an den Fachhochschulen, neben der nach wie vor dominierenden Fachgruppe der Ingenieurwissenschaften (mit 55 Prozent), mittlerweile die Wirtschaftswissenschaftler die Studierenden im Fachbereich Sozialwesen zahlenmäßig weit überflügelt.

Wegen dieser Veränderungen in den Studienfachwahlen und der unterschiedlichen Zu- oder Abnahme der Studenten in den einzelnen Fächern erhält die Frage nach dem Erleben und der Beurteilung der Studiensituation erhöhte Bedeutsamkeit: Haben sich die Erwartungen der Studierenden verändert, hat sich ihre Studiensituation und die Beziehung zu den Lehrenden verschlechtert, wo liegen die Belastungen im Studium und der studentischen Lebenssituation? Wie steht es um das hochschulpolitische Interesse der Studenten und ihre Protestbereitschaft, worauf richten sich ihre Forderungen zur Hochschulentwicklung und zur Verbesserung ihrer Studiensituation?

Tabelle 1
Entwicklung der Zahl deutscher Studierender an Universitäten und Fachhochschulen nach Fächergruppen zwischen WS 1982/83 und WS 1986/87

(in Tausend)

Fächergruppen	Universitäten				Fachhochschulen			
	WS 82/83	WS 84/85	WS 86/87	Zu-/ Abnahme in %	WS 82/83	WS 84/85	WS 86/87	Zu-/ Abnahme in %
Sprach-/Kulturwissensch./ Sport	202,2	211,7	214,9	+11	14,5	15,9	17,0	+17
Sozialwiss./Psychologie Sozialwesen	88,5	91,4	92,7	+5	32,8	32,4	30,5	-7
Rechtswissenschaft	78,9	84,8	82,3	+4	-	-	-	x
Wirtschaftswissenschaften	76,6	90,3	104,2	+36	31,9	40,7	47,3	+48
Medizin/Veterinärmedizin	85,3	91,8	95,9	+12	-	-	-	x
Naturwiss./Mathematik	149,8	164,6	171,5	+15	8,6	12,4	14,5	+69
Ingenieurwissenschaften	78,8	86,6	92,4	+17	107,7	134,4	145,0	+35
Andere Fächer (Agrarw. u.ä.)	19,7	20,7	21,7	+10	7,8	8,9	9,7	+25
Deutsche Studierende insgesamt	779,9	841,9	874,8	+12	203,4	244,8	264,1	+30

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hg.): Studenten an Hochschulen. Reihe 4.1 (Fachserie 11: Bildung und Kultur). Stuttgart-Mainz: Dez. 1983, Nov. 1985, April 1988.

Bei der großen Zahl Befragter kann man davon ausgehen, daß selbst kleine Unterschiede statistisch "signifikant" sind, das heißt tatsächliche Unterschiede oder Veränderungen in der Grundgesamtheit der Studentenschaft darstellen. Sicherlich hängt es von dem jeweiligen Problem ab, inwieweit eine Veränderung als gering oder gravierend, als Trend oder Stabilität zu verstehen ist. In der Regel sprechen wir bei Unterschieden, die in der Größenordnung von drei bis fünf Prozent liegen, von "gewissen oder tendenziellen" Verschiebungen; Zu- oder Abnahmen zwischen fünf und neun Prozent werden zumeist als "deutlich" beurteilt. Solche starken Verschiebungen sind zwischen 1983 und 1987 für manche der beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Orientierungen der Studierenden zu beobachten, zum Beispiel bei den angestrebten Tätigkeitsbereichen, der Unterstützung politischer Ziele oder den Haltungen gegenüber alternativen Werten.

Wie die Befragten der beiden ersten Erhebungen erhalten nunmehr auch die befragten Studierenden der letzten Erhebung im Wintersemester 1986/87 als Dank und als Rückmeldung diesen Kurzbericht zugesandt. Die darin mitgeteilten Befunde sind eine Auswahl aus dem ausführlichen Untersuchungsbericht, der im Sommer 1989 in der Reihe "Studien zu Bildung und Wissenschaft" des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft veröffentlicht wird.

2 Veränderungen im sozialen Profil der Studentenschaft

Die 60er Jahre waren der Beginn eines Booms im Bildungswesen. Nicht allein ökonomische Gründe, sondern auch Prinzipien sozialer Gerechtigkeit führten zu Forderungen nach mehr Bildungschancen. Programme des Hochschulausbaus wurden aufgelegt, an vielen Orten wurden neue Hochschulen gegründet - zum Teil mit Reformansprüchen bei der Gestaltung von Lehre und Forschung. Mit diesem Ausbau sollten die Hochschulen für junge Menschen sich öffnen, die bisher den Weg zur "alma mater" nicht gefunden hatten. Das galt einerseits für Jugendliche aus "bildungsfernen Elternhäusern" oder "Arbeiterfamilien", das galt andererseits für junge Frauen.

Tatsächlich wurde einiges erreicht. Studierten 1965/66 an Universitäten erst 28,3 Prozent Frauen, stieg ihr Anteil kontinuierlich bis Anfang der 80er Jahre auf 39,3 Prozent; an den Fachhochschulen stieg der Frauenanteil in diesem Zeitraum entsprechend von 18,0 auf 29,0 Prozent. Auch Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern, nahmen häufiger ein Studium auf: stammten Mitte der 60er Jahre nur knapp fünf Prozent der Studierenden an Universitäten aus Arbeiterfamilien, waren es Anfang der 80er Jahre immerhin 15 Prozent.

In den 80er Jahren wurden zwar keine neuen Hochschulen mehr gegründet, aber die Studentenzahlen sind dennoch weiterhin ungebrochen und stark angestiegen. Im Wintersemester 1980/81 überstieg die Zahl der Studierenden im gesamten Hochschulbereich erstmals die Millionengrenze. 1988 besuchen etwa 1,47 Millionen Studierende die Hochschulen, bei jährlich über 200.000 Studienanfängern. Angesichts dieser anhaltenden Zunahme der Studenten drängt sich die Frage auf, ob der frühere Trend zur Öffnung der Hochschulen für Frauen und Arbeiterkinder sich ebenso in den 80er Jahren fortgesetzt hat?

Im Profil der Studentenschaft hat sich in den 80er Jahren die weibliche Komponente nicht mehr verstärkt. Der Anteil der Studentinnen stagniert seit Anfang der 80er Jahre an Universitäten bei etwa 41, an Fachhochschulen bei etwa 28 Prozent (vgl. Tabelle 2). Da ihr Anteil unter den Studienberechtigten weiter anstieg und mittlerweile fast genau so viele junge Frauen wie junge Männer das Eintrittsbillet für die Hochschule erworben haben (47,4 %), ist daraus zu schließen, daß Frauen diese Berechtigung seltener wahrnehmen. In der Tat zeigen sich die jungen Frauen viel unsicherer, ob sie ein Studium aufnehmen sollen.

Im Hinblick auf die soziale Herkunft ist gegenüber den 60er und 70er Jahren die weitere Zunahme von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern gebremst. Der Anteil von Kindern aus Arbeiterfamilien stagniert bei etwa 14 Prozent an Universitäten und einem knappen Viertel an Fachhochschulen (vgl. Tabelle 2). Bedenkt man, daß 45 Prozent der Erwerbstätigen Arbeiter sind, haben Kinder aus Arbeiterfamilien nach wie vor schlechte Karten in unserem Bildungswesen.

Was sind die Gründe, daß der Anteil von Arbeiterkindern und Frauen unter den Studierenden stagniert, sie häufiger trotz Abitur auf ein Studium verzichten? Arbeiterkindern versperren vielfach finanzielle Probleme und die verschlechterten Aussichten auf dem akademischen Arbeitsmarkt, verstärkt durch ihr eigenes hohes Sicherheitsmotiv, den Hochschulzugang. Frauen geben ihren Studienwunsch häufiger auf, weil sie auf bestimmte Fächer festgelegt sind und bei NC-Betroffenheit eher auf andere, nichtwissenschaftliche Ausbildungen als auf ein anderes Studienfach ausweichen. Eine Rolle spielt zusätzlich, daß weniger gute Noten sie eher beeindrucken und sie von der Aufnahme eines wissenschaftlichen Studiums abhalten (vgl. Bargel 1981; Walter 1986).

Soziale Indikatoren	Universitäten			Fachhochschulen ¹⁾		
	WS 82/83	WS 84/85	WS 86/87	WS 82/83	WS 84/85	WS 86/87
<u>Anteil Frauen</u> ²⁾						
- unter Studierenden	41,2	41,3	41,5	29,5	28,1	27,8
<u>Soziale Herkunft</u>						
<u>Bildungsstand Elternhaus</u> ³⁾						
- Volks-/Hauptschulabschluß	30	28	26	(52)	45	40
- Universität/Techn. Hochschule	23	25	26	(9)	9	10
<u>Berufsstellung des Vaters</u>						
- Arbeiter/Facharbeiter	14	14	14	(26)	25	23
<u>Hochschulzugang</u>						
- Gymnasium/gym. Oberstufe	87	86	88	(31)	38	41
- Allgemeine Hochschulreife	96	95	96	(32)	39	41
<u>Regionale Herkunft/Mobilität</u>						
- Seßhafte und Nahbereich (bis 50 km)	57	59	57	(56)	62	64
- Hochschulwechsler	14	14	17	x	3	4
<u>Dauer bis Studienaufnahme</u>						
- In 1 Jahr nach Erwerb der HS-Reife	57	55	54	(51)	52	50
- Durchschnittliche Dauer (in Monaten)	11,9	11,6	12,9	(12,1)	12,2	13,5
<u>Alter der Studierenden</u>						
- Durchschnittsalter	24,3	24,5	24,7	(23,2)	24,0	24,3
- Alter bei Beginn Fachstudium	21,2	21,5	21,9	(22,1)	22,2	22,2
- Zweit-/Aufbaustudium	11	10	9	(5)	2	2
<u>Familienstand</u>						
- verheiratet, getrennt	12	11	10	(11)	11	10
- ein oder mehr Kinder	7	7	7	(6)	9	7

- 1) Da in der ersten Erhebung nur zwei Fachhochschulen berücksichtigt werden konnten, sind die Daten für das WS 1982/83 in Klammern gesetzt.
- 2) Quelle: Wissenschaftsrat 1988, S. 314, Tabelle 18. In den Erhebungen ist der Anteil der Frauen stets leicht unterrepräsentiert: 36 % an Univ., 24 % an FH.
- 3) Höchster Schul-/Ausbildungsabschluß von Vater oder Mutter.

Dagegen halten schlechtere Noten oder fehlende Fachneigung Abiturienten aus Oberschichtfamilien, besonders die jungen Männer, vom Studium kaum ab. Sie geben sich nach wie vor studiengezielt, ja studienfixiert: Zumeist studieren sie dann Jura oder Wirtschaftswissenschaften. In neueren Untersuchungen wurde aufgezeigt, daß der Sohn eines höheren Beamten oder Akademikers, selbst mit recht schlechten Abiturnoten, eine hohe Studienchance hat; eine Arbeitertochter mit guten oder sehr guten Noten besitzt dagegen eine viel geringere Studienchance (vgl. Stegmann 1986).

Diese Selektion beim Hochschulzugang, selbst wenn sie als freiwilliger Verzicht erscheint, ist aber aus zwei Gründen als problematisch anzusehen. Erstens spielt der tatsächliche Leistungsstand, wie er sich in den Abiturnoten ausdrückt, nur eine nachgeordnete Rolle als Kriterium. Das viel beschworene Leistungsprinzip erweist sich an der Schwelle von der Schule zur Hochschule für manche außer Kraft gesetzt. Zweitens ist die Aufgabe des Studienwunsches in Wahrheit ein Verzicht unter dem Druck sozialer Verhältnisse und Motive, wobei neben die traditionellen Bildungsbarrieren der Herkunft und der Geschlechtsrolle die neuen Filter des Numerus Clausus und der Arbeitsmarktunsicherheit getreten sind (vgl. Sandberger/Lehner 1981).

Es zeichnet sich ab, daß der Bildungsstand der Eltern für die Studienaufnahme sogar wieder bedeutsamer wird. An den Universitäten stammen wieder mehr Studierende aus Akademikerfamilien, seltener haben Studierende Eltern mit Hauptschulabschluß. In Jura und Medizin ist die Selbstrekrutierung aus akademischen Elternhäusern am höchsten geblieben, die entsprechenden Anteile sind in den 80er Jahren sogar deutlich angestiegen. In der Medizin kommen nunmehr fast vier von zehn Studierenden aus einem Elternhaus, wo bereits Vater oder Mutter ein Hochschulstudium absolviert haben.

Mit den steigenden Studentenzahlen geht in den 80er Jahren, anders als in den 60er und 70er Jahren, keine weitere soziale Öffnung der Hochschulen einher. Entweder ist eine Stagnation - wie beim Anteil der Frauen - oder sogar eine Tendenz zur neuerlichen Schließung und sozialen Selbstrekrutierung eingetreten. Beide Trends sind an Universitäten wie Fachhochschulen vorhanden. Nach wie vor aber werden Fachhochschulen eher für den Bildungsaufstieg genutzt; denn dort haben 40 Prozent der Studenten Eltern mit Hauptschulabschluß, an den Universitäten nur 26 Prozent (vgl. Tabelle 2).

In anderen Bereichen des sozialen Profils unterscheiden sich Universitäts- und Fachhochschulstudenten, entgegen manchen Annahmen, weniger: sei es in der regionalen Herkunft, sei es in den Tätigkeiten vor dem Studium und deren Dauer: Hier wie dort kommt mittlerweile nur knapp die Hälfte innerhalb eines Jahres nach Erwerb der Hochschulreife an die Hochschule. Etwa jeder Siebte hat vor oder nach dem Erwerb der Hochschulreife eine berufliche Ausbildung absolviert, bevor das Studium aufgenommen wurde. Jeder Zehnte ist oder war im übrigen verheiratet, bei abnehmender Tendenz; sieben Prozent an beiden Hochschularten haben zumindest ein Kind.

Traditionellerweise wurde das "soziale Bild" vom Studenten durch folgende Züge charakterisiert: Er ist männlich, kommt aus "gutem" Elternhaus (begütert oder gebildet), hat nach dem Abitur direkt das Studium aufgenommen; er ist weder verheiratet noch neben dem Studium erwerbstätig, geht ganz im Studium oder Studentenleben auf - und er ist jung (vgl. Huber 1985). Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte haben dieses Bild in entscheidenden Zügen verändert. Die Studentenschaft ist vielfältiger, sozial heterogener geworden. Und das Durchschnittsalter der Studierenden hat beständig zugenommen.

Viele betrachten das im Vergleich zu Studenten anderer Länder "hohe Alter" der deutschen Studierenden als problematische "Überalterung" oder "Lebenslaufverspätung". In dieser Sicht muß es bedenklich erscheinen, daß sowohl an den Universitäten wie an den Fachhochschulen das Alter der Studierenden in

den 80er Jahren weiter angestiegen ist. Die befragten Universitätsstudenten sind mittlerweile im Durchschnitt 24,7, die Fachhochschulstudenten 24,3 Jahre alt. In diesem Alter sollte aber nach Meinung vieler das Studienende in Sichtweite sein. Am Anteil von Langzeitstudenten (mit 13 und mehr Semestern) oder von Studierenden in einem Zweit-/Aufbaustudium nach dem ersten Examen liegt der Anstieg im Durchschnittsalter kaum. In beiden Fällen ist für die 80er Jahre sogar eine leicht rückläufige Tendenz vorhanden.

Das steigende Durchschnittsalter ist hauptsächlich auf die zunehmend älteren Studienanfänger zurückzuführen: an den Universitäten sind sie inzwischen im Schnitt 21 1/2, an den Fachhochschulen fast 22 Jahre alt. Da die Männer zusätzlich häufiger den Wehrdienst abzuleisten haben, sind sie im Vergleich zu den Frauen beim Studieneinstieg noch älter. Noch ungünstiger wird es, wenn man nicht den Hochschuleintritt, sondern das erste Fachsemester berücksichtigt: Männer beginnen im Schnitt ihr Fachstudium an Universitäten erst mit 22,0 an Fachhochschulen mit 22,4 Jahren.

Mit der Aufnahme des Hochschulstudiums verbinden die Studierenden nach wie vor in erster Linie die Erwartungen, mehr über das gewählte Fachgebiet zu erfahren und später eine interessante Arbeit zu haben. Universitätsstudenten bewerten 1987 eine gute wissenschaftliche Ausbildung als Ertrag etwas höher. Dies ist hauptsächlich auf die Entwicklung bei den Frauen zurückzuführen, die nun die wissenschaftliche Qualifikation an den Universitäten nahezu genauso bewerten wie die Männer, - und entsprechend nunmehr eine Promotion fast genauso häufig anstreben.

An beiden Hochschularten ist die Tendenz zur höheren Bewertung des materiellen Ertrages eines Studiums zu beobachten: Sowohl die Möglichkeit, sich ein gutes Einkommen zu sichern, als auch die Aussicht, eine hohe soziale Position zu erreichen, werden heute mehr betont. Zugleich ist an beiden Hochschularten die Erwartung, zur Verbesserung der Gesellschaft beizutragen, leicht zurückgegangen.

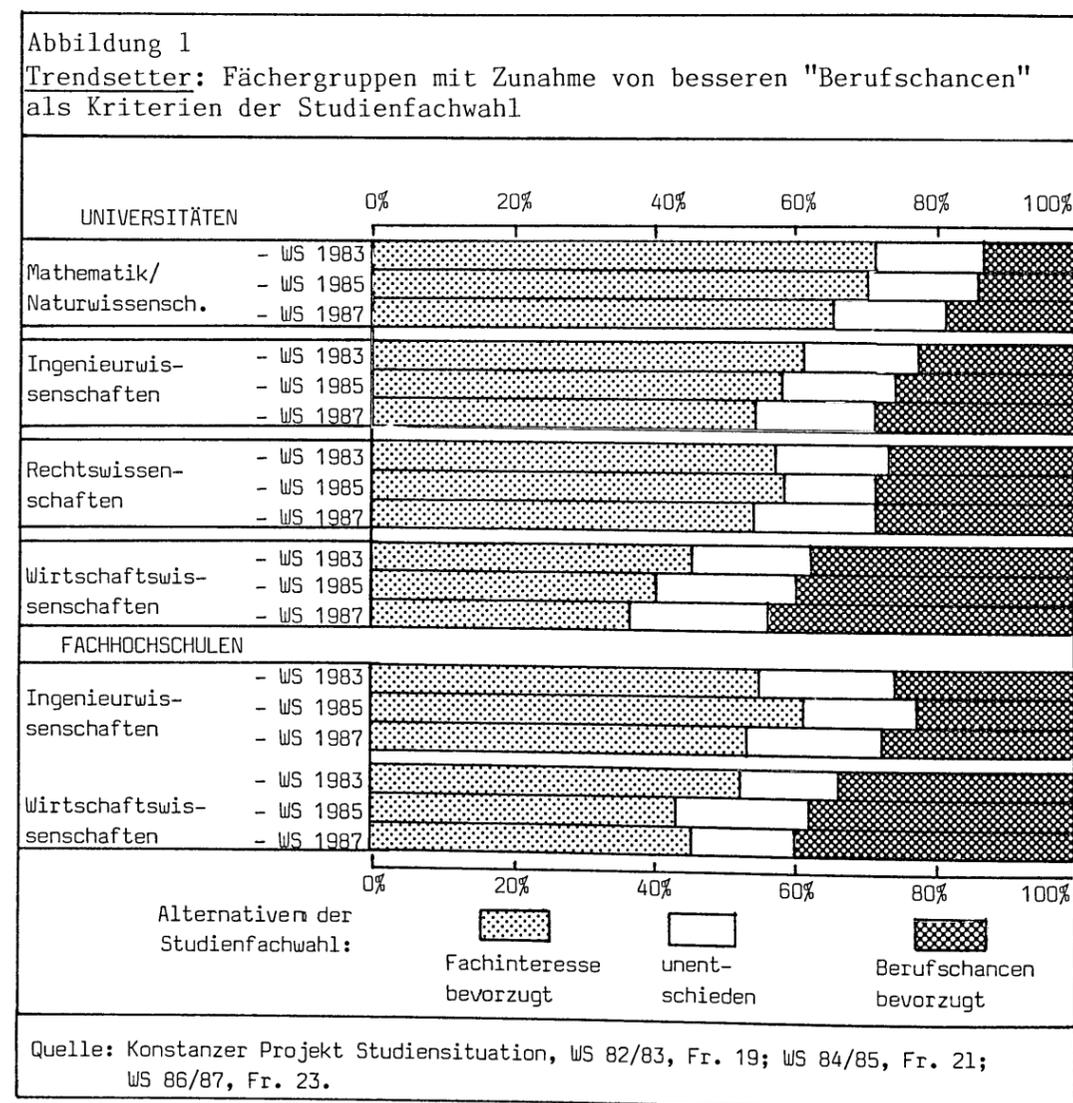
Die Hierarchie der Motive, die die Studienfachwahl steuern, wird von den Kriterien "eigenes Interesse" und "eigene Begabung" unverändert angeführt. Auch die Stufung der anderen Motive, wie Vielfalt der beruflichen Möglichkeiten oder ein fester Berufswunsch, bleiben in der Ranglagerung gleich. Am Ende der Rangreihe liegen zwar immer noch die eher materiellen Motive, aber sie haben speziell an den Fachhochschulen, nicht unerheblich aufgeholt. Die Aussichten auf einen sicheren Arbeitsplatz, die Einkommenschancen im späteren Beruf, die Aussichten später in eine Führungsposition zu kommen, haben sich zwar nicht in den Vordergrund schieben können, aber sie sind für deutlich mehr Studenten wichtiger geworden, darunter am stärksten die gute Aussicht auf einen sicheren Arbeitsplatz. Auf diese Veränderungen in den Motiven der Studienaufnahme und der Fachwahl sind weitgehend die veränderten Fachpräferenzen zurückzuführen: Denn der Sog weist auf jene Fächer, deren Absolventen nach dem Studium bessere Berufsaussichten versprochen werden.

Die zunehmende Bedeutung der Chancenperspektive und eher materiell-egoistischer als ideell-sozialer Haltungen ist eine der wichtigen Grundströmungen in der Studentengeneration der 80er Jahre. Sie tritt ebenfalls im Wandel der Berufswerte (vgl. Kapitel 9), in der Verschiebung politischer Ziele (vgl. Kapitel 10) wie nicht zuletzt in der Abwendung von alternativen Werten zutage (vgl. Kapitel 11).

Dieser Wandel wird auch sichtbar, wenn die Studierenden vor die zugespitzte Alternative gestellt werden, ob man sich bei der Studienwahl eher am "Fachinteresse" oder eher an den "Berufschancen" orientieren solle. Zwar bevorzugen immer noch 66 Prozent der Universitäts- und 57 Prozent der Fachhochschulstudenten die Alternative "Fachinteresse", aber sie ist zurückgegangen zugunsten der Alternative "Berufschancen".

Die wachsende Bevorzugung von guten und sicheren Berufschancen wird im wesentlichen von den Studenten der Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften sowie der Natur- und Rechtswissenschaften getragen. Die Wirtschaftswissenschaftler erweisen sich insofern als Trendsetter, als sie 1987 erstmals die Chancenperspektive sogar vor die Interessenperspektive gesetzt haben (vgl. Abbildung 1).

Den "idealistischen" Vorstellungen vom Studenten, der nicht nach Geld, Amt und Karriere schießt, haben sie überwiegend den Abschied gegeben. Da diese Studienfächer gegenwärtig in besonderer Weise expandieren, ist leicht vorstellbar, daß dadurch das gesamte Meinungsklima an den Universitäten und Fachhochschulen stark beeinflußt wird.



3 Studienstrategien und Studiendauer: Wollen oder können die Studierenden nicht kürzer studieren?

Im allgemeinen deklarieren die meisten Studierenden, daß ihnen Studium und Hochschule wichtig oder gar sehr wichtig seien, wobei dessen Bedeutung in den letzten vier Jahren leicht angestiegen ist. Die offenbar hohe Bedeutung des studentischen Daseins und des Lebens in und um die Hochschule ist allerdings nicht bei allzu vielen gestützt durch einen entsprechenden Stellenwert von Wissenschaft und Forschung: Einem Drittel sind sie sogar gleichgültig; nicht mehr als einem Viertel gelten sie als zentral. Nur für einen Teil der Studierenden heißt "Studieren" demnach primär, Wissenschaft betreiben zu wollen.

Andere Studierende definieren die Universität in erster Linie als kulturellen Lebensraum ihrer eigenen Erprobung und Selbstverwirklichung; wieder andere sehen sie als Institution beruflich-praktischer Qualifizierung, und manche betrachten sie als Ausgangsbasis für intellektuell-kritische Auseinandersetzungen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen. Ein kleiner Teil schließlich nutzt sie - meist notgedrungen - als "Wartesaal" vor der Berufsaufnahme.

Die verschiedenen mit dem Studium verbundenen Bedeutungen, schlagen sich durchaus in der Studienintensität, dem wöchentlichen Zeitaufwand für das Studium zum Beispiel, nieder. Wo fachlich-wissenschaftliche Schulung oder die spätere Berufspraxis und zukünftige Profession dominieren, dort ist die Studienintensität erheblich höher als in Fächern, in denen die Entwicklung der eigenen Individualität im Sinne geistiger Allgemeinbildung oder kritischer Intellektualität im Vordergrund steht. Entsprechend hoch fällt der Studieraufwand in Fächern der Medizin, Natur- und Ingenieurwissenschaften aus, entsprechend geringer in Fächern der Sozial- und Kulturwissenschaften.

Etwa jeder zehnte Studierende arbeitet weniger als 20 Stunden in der Woche für sein Studium und besucht nur halb so viele Lehrveranstaltungen wie seine Fachkommilitonen. Man kann davon ausgehen, daß in dieser Größenordnung von zehn Prozent jener Studententypus unter den deutschen Studierenden vertreten ist, der in anderen Ländern als "Part-Time-Student" bezeichnet wird - und dort gleichsam offiziell anerkannt ist (wie in Schweden, Großbritannien oder den USA). Solche Part-Time-Studenten sind im Schnitt älter, häufiger verheiratet und finanzieren ihr Studium häufiger durch eigene Erwerbsarbeit.

Zwischen diesem Typus des "Teilzeitstudenten" mit konkurrierenden familiären und beruflichen Pflichten und dem "Vollzeitstudenten" gibt es Zwischenformen. Das dokumentiert sich in deutlicher Weise in der subjektiven Interpretation der eigenen Lebenssituation. Für die Mehrheit der Studenten, etwa zwei Drittel, ist das Studium die Hauptbeschäftigung - entweder im traditionell-allumfassenden Sinn des Studiums als Lebensmittelpunkt, auf den fast alle Interessen und Aktivitäten ausgerichtet sind, oder im nüchtern-professionellen Sinn des Studiums als einer normalen Berufstätigkeit. Daneben steht eine beträchtliche Minderheit, für die das Studium nicht die einzig wichtige Beschäftigung ist, sondern neben anderen Bereichen wie Familie oder Erwerbsarbeit steht, die ebenso wichtig sind (etwas über ein Viertel). Schließlich gibt es eine kleinere Gruppe von Studenten, für die das Studium eher Nebensache ist, weil sie viele anderweitige Verpflichtungen außerhalb des Hochschulbereichs haben oder nur pro forma den Studenten-Status noch einnehmen (Uni ca. 8%, FH 5%).

Die Befunde zur Studienintensität belegen ebenso wie die subjektive Interpretation der Lebenssituation, daß neben die Studienform des "Normalstudenten", für den die Studienorganisation an unseren Hochschulen fast einseitig konzipiert ist, ganz andere Studienmuster getreten sind (vgl. auch Huber 1985).

Nicht zuletzt aufgrund der Studienanforderungen und -regelungen klaffen in vielen Bereichen die ideellen Studienkonzepte und die direkten Studienabsichten beziehungsweise konkreten Verhaltensweisen auseinander. Fast alle Studierenden meinen zwar, man sollte eigentlich fachfremde Lehrveranstaltungen besuchen, insgesamt bleibt der Anteil derjenigen Studierenden, die Lehrangebote außerhalb ihres Fachstudiums besucht haben, jedoch niedrig. Besonders deutlich fällt die Diskrepanz beim Auslandsstudium aus: Für eine Mehrheit würde es zum wünschenswerten Studienverlauf gehören, gleichwohl haben nur fünf Prozent wenigstens ein Semester im Ausland verbracht.

Zum Idealkonzept zählt bei vielen auch ein Hochschulwechsel. Zwar haben von den Studierenden einige die Hochschule gewechselt (ca. 17 Prozent), prinzipiell sind hier jedoch vergleichbare Diskrepanzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit wie beim Auslandsstudium zu konstatieren. Am häufigsten nehmen Studierende der Sprach- und Kulturwissenschaften einen Hochschulwechsel vor (etwa jeder Fünfte), am seltensten Studierende der Ingenieurwissenschaften.

Das "Wollen" der Studierenden, wie es sich in den Wünschen und Vorstellungen zur Studiengestaltung niederschlägt, ist eine Seite; auf der anderen Seite steht die Frage nach dem "Können". Diese Frage berührt vor allem ein aktuelles Diskussionsthema: Entspricht ein langes Studium den Wünschen der Studierenden, oder sind es Studiengangsregelungen und Lebensverhältnisse, die ihnen kaum eine andere Wahl lassen (vgl. Hochschul-Informationssystem 1988)?

Die Regelungsdichte des Studiums reicht von den "weichen" Fächern der Geistes- und Sozialwissenschaften, deren Studienordnung nach wie vor einen recht großen individuellen Gestaltungsspielraum erlaubt, über Fächer mit einem mittleren Festlegungsgrad (dazu gehören z.B. die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften), bis hin zu den nahezu vollständig durch Studienordnungen festgelegten Fächern; an der Spitze steht das Medizin-Studium. Ein Trend zur weiteren Verregelung des Studiums ist nach dem Urteil der Studenten nicht zu verzeichnen.

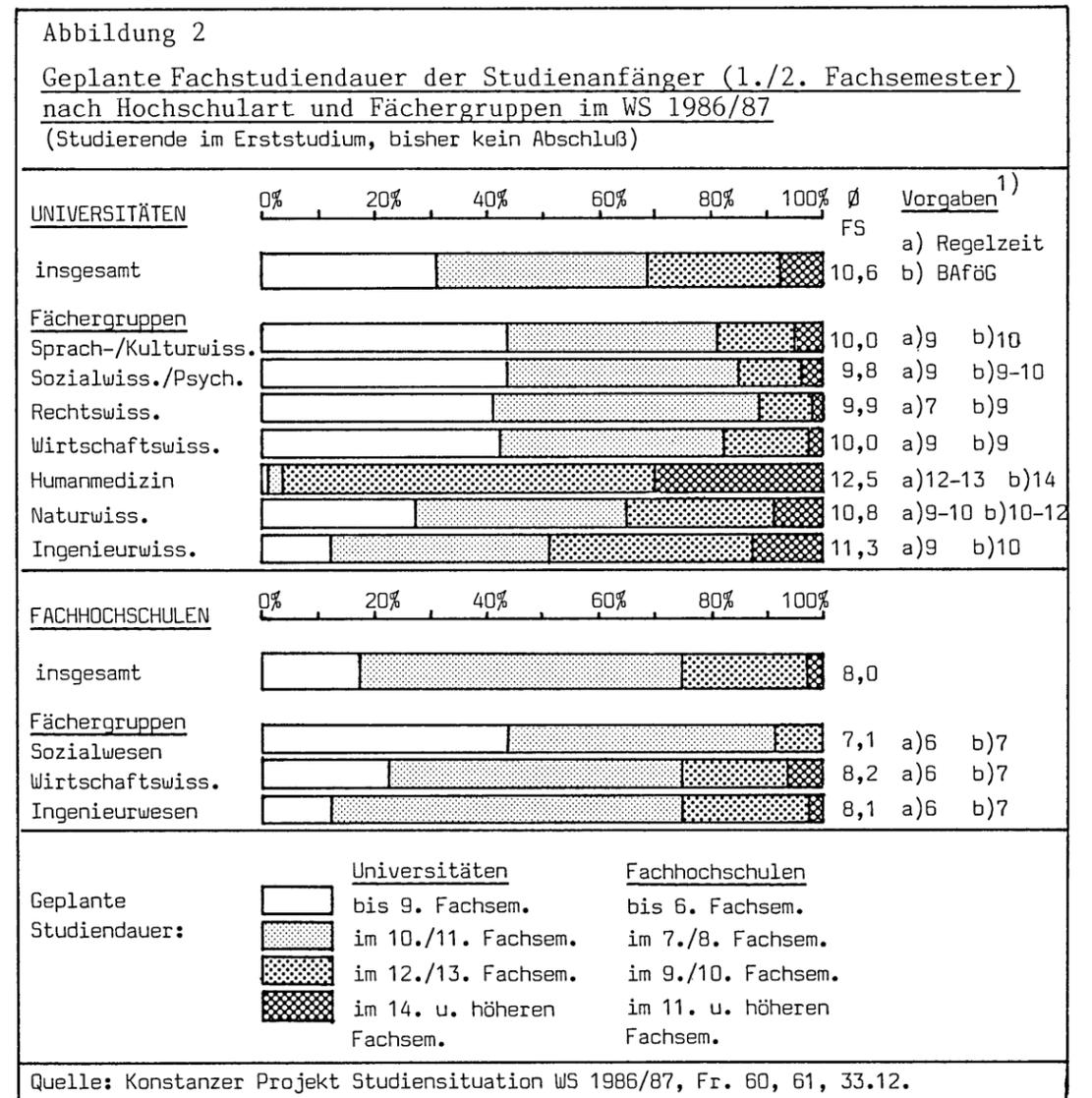
Je stärker das Studium festgelegt ist, desto größer ist der Umfang des Präsenzstudiums. Und je größer der Umfang des Präsenzstudiums ist, umso höher ist in der Regel auch der studienbezogene Arbeitsaufwand insgesamt. Insofern steuert der Stundenplan das studentische Zeitbudget. Doch wäre es ein Mißverständnis zu folgern, größere Regelungsdichte führe automatisch zu kürzeren Studienzeiten und in den studienintensiven Fächern würde kürzer studiert. Eher ist das Gegenteil der Fall, denn mit den Regelungen steigen in der Regel zugleich die Anforderungen, die die Absicht auf kürzere Studienzeiten meist konterkarieren. In den am stärksten verregelten Fächern (wie Medizin) ist die Studienzzeit am längsten.

Der Planungshorizont der Studierenden greift tatsächlich, und zwar von Studienbeginn an, zum Teil erheblich über die offiziellen "Planvorgaben" hinaus. Im Durchschnitt rechnen die im Winter 1987 befragten Universitätsstudenten damit, ihr Studium nach 11,9 Fachsemestern abzuschließen - womit sie recht nahe an die tatsächliche Fachstudiendauer von 12,2 Semestern heranreichen (vgl. BMBW 1987, S. 216). Die Fachhochschulstudenten wollen nach 8,8 Fachsemestern den Studienabschluß erreichen. Pointiert gesagt entspricht die Studienplanung der Fachhochschulstudenten in etwa dem Modell "4 plus", welches eigentlich für Universitäten angestrebt wird, während die offizielle Zielvorstellung für die Studiendauer an Fachhochschulen als "3 plus" zu bezeichnen wäre. d.h. 3 Jahre und ein bis zwei Praxissemester (vgl. Wissenschaftsrat 1981 und 1986).

Bereits im ersten Studienjahr liegen die "subjektiven Planstudienzeiten" der Studierenden an beiden Hochschularten beträchtlich über den offiziellen Planvorstellungen: an Universitäten visieren die Studienanfänger im Mittel ein Studium von 10,6 Semestern, an Fachhochschulen von 8 Semestern an. Im

Verlauf des Studiums verschiebt sich der Planungshorizont erst langsam, dann deutlich nach oben. Dieses Muster des zurückweichenden Examenshorizontes verläuft in unseren drei Erhebungen nahezu gleichartig; es zeigt sich ähnlich schon in Untersuchungen der siebziger Jahre (vgl. Oehler et al. 1976, S. 409).

Hinter diesem Durchschnittsmuster verbergen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Fächern (vgl. Abbildung 2). Nur in einem Fach, in der Medizin, die mit ihrer offiziellen Studiendauer von "6 plus" gegenüber den anderen Fächern nach oben ausschert, ist es die Regel, daß Studienanfänger ihr Studium in der Regelstudienzeit von 12 bis 13 Semestern absolvieren wollen, und nur in der Medizin bleibt die zeitliche Planung der Studenten im Studienverlauf weitgehend stabil.



1) Nach BLK/BA: Studien- und Berufswahl 1987/88.

Dagegen ist die in den Rechtswissenschaften nach unten abweichende Regelstudienzeit von 7 Semestern für die angehenden Juristen kein Orientierungsdatum bei ihrer Studienplanung. Vielmehr planen sie ihr Studium ähnlich wie die Studierenden in den Fächern der Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, von denen nicht mehr als etwa zwei Fünftel der Anfänger ihr Studium innerhalb des gesteckten Rahmens der Studienordnungen absolvieren wollen. Von Anfang an planen in diesen Fächergruppen 10 bis 20 Prozent ein langes Studium von 12 oder mehr Semestern.

In den Natur- und Ingenieurwissenschaften beabsichtigen die Studenten häufiger von vornherein ein längeres Studium. Besonders auffällig ist das Muster in den Fächern der Ingenieurwissenschaften. Bei Regelstudienzeiten von 9 Semestern und einer BAföG-Förderungshöchstdauer von 10 Semestern sieht gleichwohl die Hälfte der Studenten von Anfang an ein Studium von 12 oder mehr Semestern vor. Offensichtlich hat es sich bis zu den Gymnasiasten herumgesprochen, daß diese Studiengänge in den offiziell vorgegebenen Zeiten einfach nicht "studierbar" sind.

Die geplante Fachstudiendauer ist in den beobachteten vier Jahren von 1983 bis 1987 sogar noch weiter angestiegen - und zwar in fast allen Fächergruppen. Überproportional angehoben hat sie sich bei den Sprach- und Sozialwissenschaftlern. In keiner universitären Fächergruppe liegt nunmehr die geplante Fachstudiendauer unter 11 Semestern; am höchsten ist sie bei den Medizinern (12,6), gefolgt von den Ingenieuren und Naturwissenschaftlern (jeweils 12,3); das sind jene Fächergruppen, in denen vergleichsweise viele Studenten an einem rascheren Studienabschluß interessiert wären.

Die Absicht einen "möglichst raschen Studienabschluß" zu erreichen, hat an Universitäten zwischen 1983 und 1987 zugenommen; an den Fachhochschulen ist sie jedoch zurückgegangen. Trotz dieses gegenläufigen Trends legen Studenten der Fachhochschulen immer noch deutlich häufiger Wert auf ein schnelleres Studium: 40 Prozent von ihnen betonen dies. An den Universitäten stimmen 29 Prozent ganz entschieden für einen raschen Studienabschluß; aber ebensoviele lehnen dies genauso entschieden ab (die übrigen äußern sich dazu nicht so entschieden).

In der Medizin wie bei den Studenten der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften ist das Interesse an einem schnellen Studienabschluß häufiger als in den Natur- und Ingenieurwissenschaften; am geringsten ist es unter den Studierenden der Geistes- und Sozialwissenschaften. Trotzdem planen und realisieren letztere ihren Studienabschluß früher als die angehenden Ingenieure und Naturwissenschaftler. Dies ist als Indiz dafür zu nehmen, daß nicht so sehr die Wünsche und Absichten der Studierenden die Studiendauer steuern, sondern ganz entscheidend auch die Ausbildungsverhältnisse in den Fächern an den einzelnen Universitäten (vgl. auch Helberger/Schulze 1988).

Innerhalb der Fächergruppen unterscheiden sich jene, die einen schnellen Studienabschluß anstreben, von jenen, denen dies nicht wichtig ist: Sie besuchen mehr Lehrveranstaltungen und geben häufiger an, daß sie mehr Stunden belegen als in ihrem Studienprogramm vorgesehen ist. Die individuellen Vorstellungen zur Studiendauer schlagen sich also merkbar im intensiveren Studierverhalten nieder. Zwischen "schnell" und "langsam" liegen allerdings nicht mehr als ein bis zwei Semester in der geplanten Studienzeit.

Überwiegend kalkulieren die Studenten lebensbiographisch eine Studienzeit von 5 bis 6 Jahren ein, und sie zumindest sehen darin offenbar kein größeres Problem. Das belegen zudem ihre Vergleiche mit Gleichaltrigen, die nicht studieren, ebenso wie ihre überwiegende Ablehnung von Konzepten zur Verkürzung der Studienzeit (vgl. Kapitel 8).

4 Studienanforderungen und Qualität der Lehre: große Unterschiede im Standard der Fächer

Bei den im Fach erlebten und erfahrenen Anforderungen sind im zeitlichen Vergleich wenig Änderungen aufgetreten. Insgesamt erscheint den Studierenden weiterhin zuviel Betonung auf den Erwerb von Faktenwissen, bloße Arbeitsintensität und regelmäßige Leistungsnachweise gelegt zu werden. Dagegen sehen sie sich selten gefordert, zugrundeliegende Prinzipien zu verstehen oder eigene Interessenschwerpunkte zu entwickeln. Gar die Beteiligung an Diskussionen in Lehrveranstaltungen oder die Kritik an Lehrmeinungen wird ihnen selten oder gar nicht abverlangt. Noch weniger sind sie gefordert, sich für soziale und politische Fragen zu interessieren oder in fremden Fachgebieten Bescheid zu wissen. Kurzum: Anforderungen, die für ein tieferes und kritisches Verstehen wichtig sind, die als Voraussetzung von Bildungsprozessen gelten, sind nach dem Urteil der Studierenden im Kanon der Anforderungen allzu wenig vertreten (vgl. Dippelhofer-Stiem 1983).

Die Fächer variieren vor allem im Hinblick auf vier Komponenten (vgl. auch Jansen 1987): In den *Leistungsanforderungen* besteht eine große Spannweite; sie sind vergleichsweise niedrig in Fächern der Sozial- und mancher Geisteswissenschaften. Die *Gliederung des Studienaufbaus* erscheint vor allem für die Ingenieur- und Naturwissenschaften besser gelungen. Der *Berufs- und Praxisbezug* ist in den Fächern der Fachhochschulen für die Studierenden bedeutsam besser eingelöst als in sämtlichen universitären Fächergruppen. Das *soziale Klima* der Beziehungen zwischen Studierenden und Lehrenden wie auch unter den Studierenden ist besonders rauh bei den Ökonomen, Juristen und Medizinern.

In all diesen vier Komponenten liegen die einzelnen Fächer soweit auseinander, daß kaum allgemeine Standards oder übergreifende Konventionen in den Leistungsanforderungen und der Leistungsbeurteilung, im Aufbau und der Ausrichtung des Studienganges sowie im sozialen Klima der Kontakte und des Umgangs miteinander auszumachen sind.

Die Grundelemente fachlicher Studienbedingungen sind nicht völlig unabhängig voneinander; es bestehen vielmehr tendenzielle Beziehungen: Die "hohen Leistungsnormen" korrelieren schwach positiv mit dem "gut gegliederten Studienaufbau" (0.25), ebenso mit der "Konkurrenz unter Studierenden" (0.27). Das heißt praktisch: je besser der Studienaufbau durchgegliedert ist, desto höher sind die Leistungsnormen, zugleich steigt die Wettbewerbsorientierung unter den Studierenden.

Außerdem erscheint erwähnenswert: Ein gut gegliederter Studienaufbau ist recht eng mit der Klarheit der Prüfungsanforderungen gekoppelt (0.50); schließlich scheint diese in jenen Fächern günstiger auszufallen, wo eine "gute Berufsvorbereitung/ein enger Praxisbezug" besteht (0.33): Offenbar erleichtern universitätsexterne Anforderungsbezüge die Gliederung eines Studienganges eher als bloße fachimmanente Strukturierungsbemühungen.

Vor diesem allgemeinen Hintergrund ist differenziert zu fragen: In welcher Weise sehen sich Studierende der einzelnen Fächer hohen Leistungsnormen gegenüber und inwieweit erfahren sie den Aufbau ihres Studiums als gut gegliedert und wissen damit meistens auch, worauf es in den Prüfungen ankommt.

Der Mittelwert für alle Studierenden ist nicht sehr vielsagend: sie konstatieren eine mittelgute Gliederung und ein überdurchschnittliches Anspruchsniveau. Demgegenüber viel bedeutsamer ist die extreme Streuung der Einzelfächer. Sie reicht von Erziehungswissenschaft, Philosophie und Soziologie bis hin zu Pharmazie, Veterinär- und Zahnmedizin sowie Chemie und einigen Fächern der Ingenieurwissenschaften, z.B. und Elektrotechnik (vgl. Abbildung 3).

Außerdem ist ein Korridor der Korrespondenz von Anforderungshöhe und Gliederung erkennbar (zwischen den beiden Linien). Studiengänge an Fachhochschulen und Universitäten haben nicht durchgängig andere Profile der Leistungserbringung, etwa in dem vielfach unterstellten Sinne: Fächer der Fachhochschulen sind mehr geregelt, ja verschult, Universitätsfächer zeichnen sich durch höhere Anforderungen aus. Im Vergleich von Sozialwissenschaften und Sozialarbeit trifft das noch am ehesten zu. Nicht gültig ist dies jedoch für die Fächer des Ingenieurwesens. Bei den Ökonomen besteht zwar an den Fachhochschulen eine größere Standardisierung der Fächer, das Anforderungsniveau wird aber nicht niedriger als in den analogen Universitätsfächern erlebt.

Fünf Gruppen unterschiedlicher Arbeitskultur heben sich nach Auskunft der Studierenden voneinander ab (vgl. Abbildung 3):

- Die erste Gruppe (A) ist durch ein unstrukturiertes Anforderungsdefizit gekennzeichnet. Es handelt sich um anforderungsarme und zugleich unübersichtliche Studienlandschaften. Für die Studierenden bedeutet dies: vielfach Unterforderung bei gleichzeitiger Desorientierung. Es sind vor allem Fächer der Sozialwissenschaften und einige der Kulturwissenschaften, die in dieser problematischen Zone angesiedelt sind.
- Die zweite Gruppe (B) weist offene Leistungserwartungen mittleren Anspruchsniveaus auf; offenbar ein "goldener Mittelweg" zwischen Gängelung und Offenheit, zwischen Forderung und Gewährung. Dies erscheint charakteristisch für das geisteswissenschaftliche Moment "akademischer Freiheit" mit der selbstverantwortlichen Studienanlage, gleichzeitig beinhaltet es auch manches Risiko. Dies ist sicherlich das "Modell" der einen, traditionellen universitären Studienkultur.
- Die dritte Gruppe (C) mit geregelten Leistungserwartungen bei hohem Anspruchsniveau ist für die andere, naturwissenschaftliche Tradition der Hochschule typisch: es ist eine klare, anspannende Arbeitskultur mit vorgezeichneten Wegen. Sie ist aus spezifischen Konventionen der Fächer oder aus beruflich klaren Anforderungen gespeist; naturwissenschaftliche Fächer wie Physik oder Mathematik und Humanmedizin sind hier die klassischen Vertreter.
- In der vierten Gruppe (D) herrscht eine hochstrukturierte Leistungsüberforderung vor; es ist wohl eine institutionalisierte Verschulung mit hohen Hürden. Der Studierende fühlt sich gehetzt, total eingespannt, hat wenig Zeit zum Nachdenken und fragt sich: ist das so überhaupt studierbar?
- Schließlich Studienverhältnisse (E), in denen sich die Studierenden weniger strukturierten, aber hohen Anforderungen gegenübersehen, wie im Fach Jura. Sie scheinen unter dem Motto zu stehen: keiner weiß wo's langgeht, aber das mit großer Intensität. Die Rettung für die Studierenden bleibt dann oft nur: der Repetitor und Skripten von älteren Studierenden.

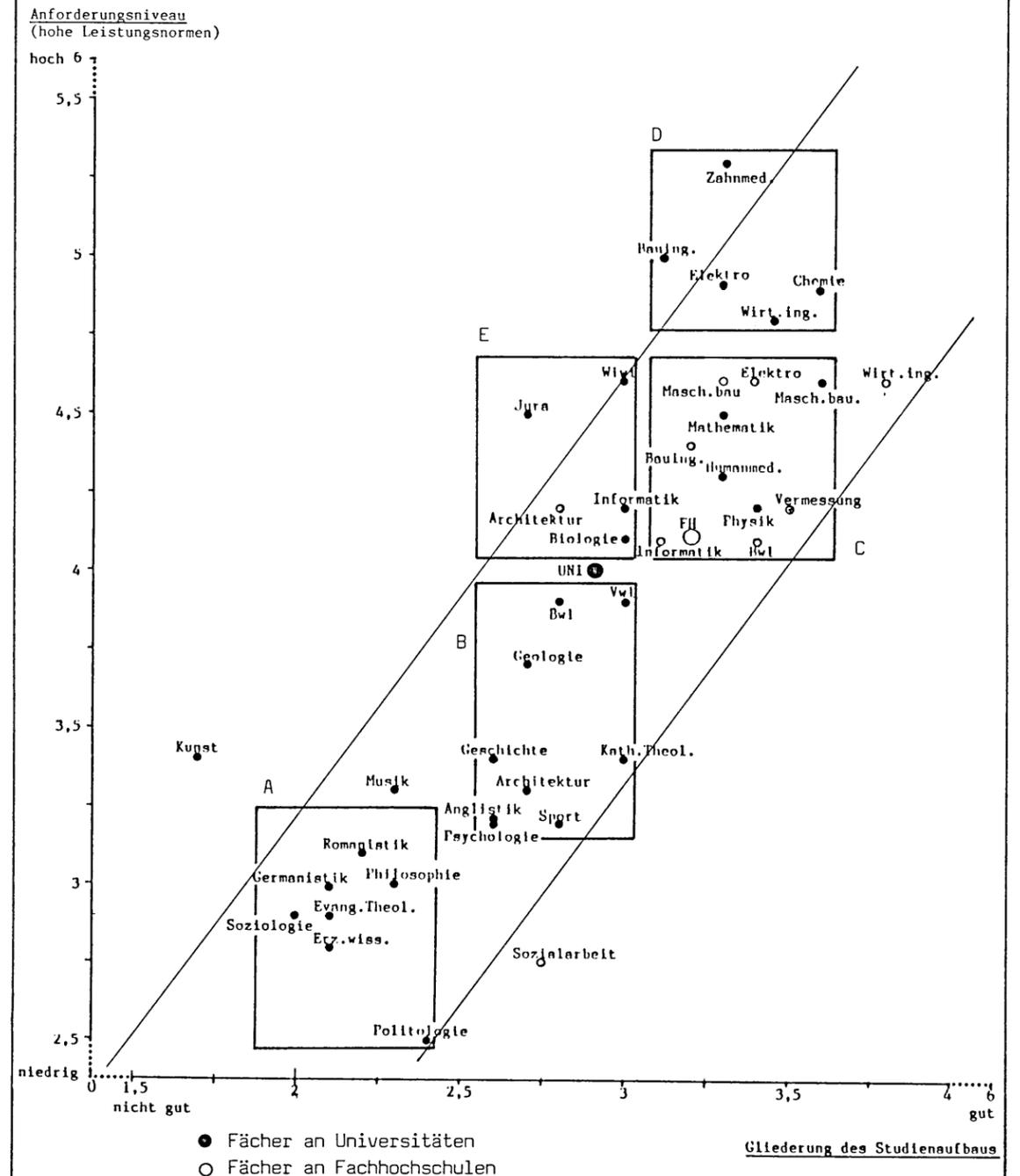
Es ist etwas in Mode gekommen, Rangreihen der Studiendauer für die einzelnen Fächer an verschiedenen Hochschulen zu bilden (vgl. zuletzt Wissenschaftsrat 1988, S. 127-135). Dies wird nicht selten als Indikator der Studienqualität dargestellt. Es mag ein Element der Studienqualität sein, das Examen in möglichst kurzer Zeit zu erreichen - unter den Studierenden selbst ist das durchaus umstritten, wie wir wissen (vgl. Kapitel 3). Im Rahmen unserer Erhebungen haben wir uns bemüht, die Studierenden ihre Erfahrungen mit Studium und Lehre breiter, über mehr Aspekte bewerten zu lassen.

Die Qualität der Lehre steht auf vier Fundamenten. Das grundlegende bildet sicherlich die inhaltliche und fachliche Qualität des Lehrangebots, die vor allem vom Können und der Kompetenz der Hochschullehrer abhängt. Das zweite Fundament, auf das Studium als ganzes gesehen, sind der Aufbau und die Gliederung des Studienangebotes. Als drittes ist die Güte der didaktisch-methodischen Vermittlung des Lehrstoffes heranzuziehen. Und schließlich darf das vierte Fundament nicht übersehen werden, die studienbegleitende Betreuung und Beratung der Studierenden, die tutoriale Qualität der Lehre.

Abbildung 3

Anforderungsniveau und Gliederung des Studienaufbaus in Einzelfächern an Universitäten und Fachhochschulen

(Mittelwerte, Skala von 0 = überhaupt nicht bis 6 = sehr stark)



Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 1986/87, Fr. 24.

Zu betonen ist, daß es sich bei den Beurteilungen um die Sicht der Studierenden handelt. Dabei treten stets Wechselwirkungen zwischen persönlichen Ansprüchen auf der einen Seite und der wahrgenommenen Lehrsituation des Faches auf der anderen Seite auf. Bei aller Unschärfe, vielleicht auch mancher Einseitigkeit, die dadurch ins Bild kommt, sind die Unterschiede in der Beurteilung der Einzelfächer jedoch so deutlich, daß darin offensichtlich mehr steckt als nur ein Körnchen Wahrheit.

Alles in allem bewerten die Studierenden die inhaltliche Qualität der Lehre am besten. Dies stellt eine günstige Voraussetzung dar, weil dieser Aspekt den Studierenden selbst am wichtigsten ist - und zugleich drücken sie damit ihren Respekt vor der fachlichen Kompetenz der Hochschullehrer aus. Dabei ist insgesamt sogar eine Tendenz zur besseren Beurteilung festzustellen. Die Qualität des Studienaufbaus schneidet nicht so günstig ab: es gibt fast ebenso viele gute wie schlechte Noten. Überwiegend negativ werden die didaktische Qualität der Lehre und die tutoriale Betreuungsqualität eingeschätzt - zwei fast schon traditionelle Mängel der deutschen Hochschule (vgl. bereits Anger 1960).

In den einzelnen Fächern bewerten die Studierenden die vier Aspekte der Lehrqualität recht unterschiedlich; sie werfen keineswegs alles in einen Topf. Juristen schätzen die fachliche Qualität der Lehre als recht gut ein, die Qualität der Betreuung aber besonders schlecht. Architekten dagegen stehen der fachlichen Qualität kritischer gegenüber, schätzen aber die Betreuung viel günstiger ein. Ähnlich kritisch wie die Architekten sehen Psychologen und Romanisten die fachliche Qualität an; die Qualität der Betreuung wird ähnlich negativ wie bei den Juristen von den Medizinern beurteilt.

Es würde zu weit führen, alle Beurteilungen im einzelnen darzulegen. Bildet man eine Rangreihe der Einzelfächer hinsichtlich der Gesamtnote für die Lehrqualität nach dem Urteil ihrer Studierenden ergibt sich eine Stufung von vier Gruppen. Dabei werden Fächer der Fachhochschulen in der Regel eher besser als Fächer an Universitäten beurteilt (vgl. Tabelle 3).

Am besten schneidet insgesamt das Fach Mathematik ab; in den vier einzelnen Aspekten der Lehrqualität liegt es jeweils in der Spitzengruppe. Zwei weitere Fächer der Universitäten fallen noch in diese Stufe, der vergleichsweise am besten beurteilten Fächer: Maschinenbau und Evangelische Theologie. Von den Fachhochschulen erreichen vier Fächer ein solch positives Gesamturteil: Wirtschafts-, Bau-, Vermessungs- sowie Elektroingenieure. In all diesen Fällen sind die Studierenden vergleichsweise zufrieden mit der fachlichen und didaktischen Qualität der Lehre, aber auch mit dem Studienaufbau und der Betreuung durch die Lehrenden.

An den Fachhochschulen schneiden nur die beiden Fächer Sozialwesen und Architektur niedriger ab; aber selbst sie rangieren nicht in der letzten Gruppe der am schlechtesten beurteilten Fächer. In dieser Gruppe mit den schlechtesten Gesamtnoten befinden sich nur Universitätsfächer. Zum einen einige sozialwissenschaftliche Fächer wie Soziologie, Psychologie und Erziehungswissenschaft, zum anderen wirtschaftswissenschaftliche Fächer wie Betriebswirtschaftslehre und Nationalökonomie. Aus dem natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereich fällt kein Fach in diese Schlußgruppe; und aus den Geisteswissenschaften nur das Fach Romanistik. Diese Lagerungen in den erhaltenen Noten bestätigen Befunde, wonach die "traditionellen Modelle" der offeneren Geisteswissenschaften einerseits, der geregelteren Naturwissenschaften andererseits mit ihren Leistungsanforderungen und ihrem Studienaufbau die günstigeren Muster der Arbeits- und Studienkultur aufweisen.

Schlußlichter sind die Rechtswissenschaft und die Humanmedizin. Das schlechte Abschneiden der Juristen und Mediziner ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Gliederung des Studienganges ebenso wie die Betreuung durch die Lehrenden jeweils besonders schlecht beurteilt werden. Da es sich bei diesen

Rang ¹⁾	Einzelfach an ...		Einzelnoten für ...				Gesamt- note
	Universität	Fachhochschule	Inhalt	Aufbau	Didak- tik	Betreu- ung	
1	Mathematik		2,9	3,3	3,7	3,9	3,5
2		Wirtschaftsing.	3,1	3,2	3,8	4,3	3,6
3		Bauingenieur	3,1	3,6	3,6	4,1	3,6
4		Vermessungsing.	3,2	3,4	3,9	4,0	3,6
5	Maschinenbau		3,0	3,3	4,1	4,2	3,7
6	Evang. Theol.		3,0	3,8	4,0	3,8	3,7
7		Elektrotechnik	3,2	3,5	3,9	4,3	3,7
8	Physik		3,2	3,5	4,0	4,3	3,8
9	Chemie		3,2	3,6	4,0	4,3	3,8
10	Informatik		3,2	3,6	4,1	4,2	3,8
11	Elektrotechnik		3,2	3,6	4,3	4,2	3,8
12	Biologie		3,2	3,7	3,9	4,2	3,8
13	Bauingen.		3,2	3,8	4,1	4,0	3,8
14	Philosophie		3,2	3,9	3,9	4,2	3,8
15		Maschinenbau	3,3	3,5	4,0	4,3	3,8
16		Betriebswirtsch.	3,4	3,5	3,8	4,3	3,8
17	Kath. Theol.		3,4	3,6	4,1	4,0	3,8
18	Anglistik		3,4	3,8	3,9	4,2	3,8
19	Geologie		3,5	3,8	4,0	4,0	3,8
20		Informatik	3,6	3,6	3,9	4,1	3,8
21	Musikwiss.		3,6	4,1	4,1	3,5	3,8
22	Wirtsch. Ing.		3,2	3,1	4,4	4,7	3,9
23	Kunstwiss.		3,3	4,1	4,0	4,2	3,9
24	Politikwiss.		3,4	3,8	4,0	4,3	3,9
25	Geschichte		3,4	3,9	4,3	4,1	3,9
26		Architektur	3,7	3,9	4,1	4,0	3,9
27	Sportwiss.		3,7	4,1	3,8	3,9	3,9
28		Sozialwesen	3,9	3,9	3,9	3,8	3,9
29	Architektur		4,0	3,8	4,2	3,5	3,9
30	Wirtschaftswiss.		3,3	3,8	4,4	4,5	4,0
31	Germanistik		3,5	4,1	4,2	4,2	4,0
32	Zahnmedizin		3,6	3,8	4,4	4,7	4,1
33	Nationalökonomie		3,7	3,7	4,4	4,6	4,1
34	Betriebswirtsch.		3,7	3,8	4,5	4,5	4,1
35	Soziologie		3,8	4,1	4,2	4,4	4,1
36	Erziehungswiss.		3,8	4,3	4,2	4,1	4,1
37	Psychologie		4,0	4,1	4,2	4,2	4,1
38	Romanistik		4,0	4,1	4,2	4,2	4,1
39	Rechtswissensch.		3,6	4,1	4,3	4,8	4,2
40	Humanmedizin		3,8	4,1	4,4	4,7	4,3

1) Rangreihe gebildet nach Gesamtnote: bei gleicher Gesamtnote richtet sich die Abfolge nach der Einzelnote für den Inhalt; ist auch dieser gleich, richtet sich die weitere Abfolge nach der Einzelnote für den Aufbau des Studienganges.

beiden Fächern keineswegs um kleine Randfächer handelt, sondern um die beiden Fächer mit den größten Studentenzahlen (WS 1986/87 Jura 82.700, Medizin 77.900), dürfte das negative Urteil so vieler betroffener Studierender kaum übergangen werden.

In den vier Fächergruppen der Medizin, der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erleben die Studierenden ihre Studiensituation besonders problematisch. Sie belassen es aber nicht bei den schlechten Noten für die Qualität der Lehre in ihren Fächern. Sie knüpfen daran Forderungen zur Verbesserung ihrer Studiensituation. Am intensivsten werden diese Forderungen zur inhaltlichen Studienreform und zur Steigerung der Qualität der Lehre von Studierenden der Medizin erhoben, die dadurch ihre breite, zunehmende Unzufriedenheit mit ihrem Studienangebot ausdrücken. Eine inhaltliche Studienreform wird weiterhin vor allem von den Jurastudenten gefordert. Die Verbesserung der inhaltlichen Lehrqualität fordern in erster Linie Studierende der Sozial- und der Wirtschaftswissenschaften.

An den geäußerten Wünschen zur Verbesserung der Studiensituation läßt sich ablesen in welchen Bereichen besondere Probleme erlebt werden. An der Spitze der Wünsche fast aller Studenten stehen nach wie vor: häufiger Lehrveranstaltungen in kleinerem Kreis und stärkerer Praxisbezug des Studiums. Nächste wichtig sind ihnen eine intensivere Betreuung durch Lehrende und die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für Absolventen des jeweiligen Fachgebietes.

Die Verringerung der Prüfungsanforderungen steht am Ende der Wunschliste; auch Änderungen der Studienordnungen oder Konzentration der Studieninhalte nehmen keine vorderen Ränge ein. All dies indiziert, daß die Studierenden weithin das Niveau der formalen und inhaltlichen Anforderungen akzeptieren, daß sie nicht auf ein "leichteres", sondern ein "besseres" Studium aus sind.

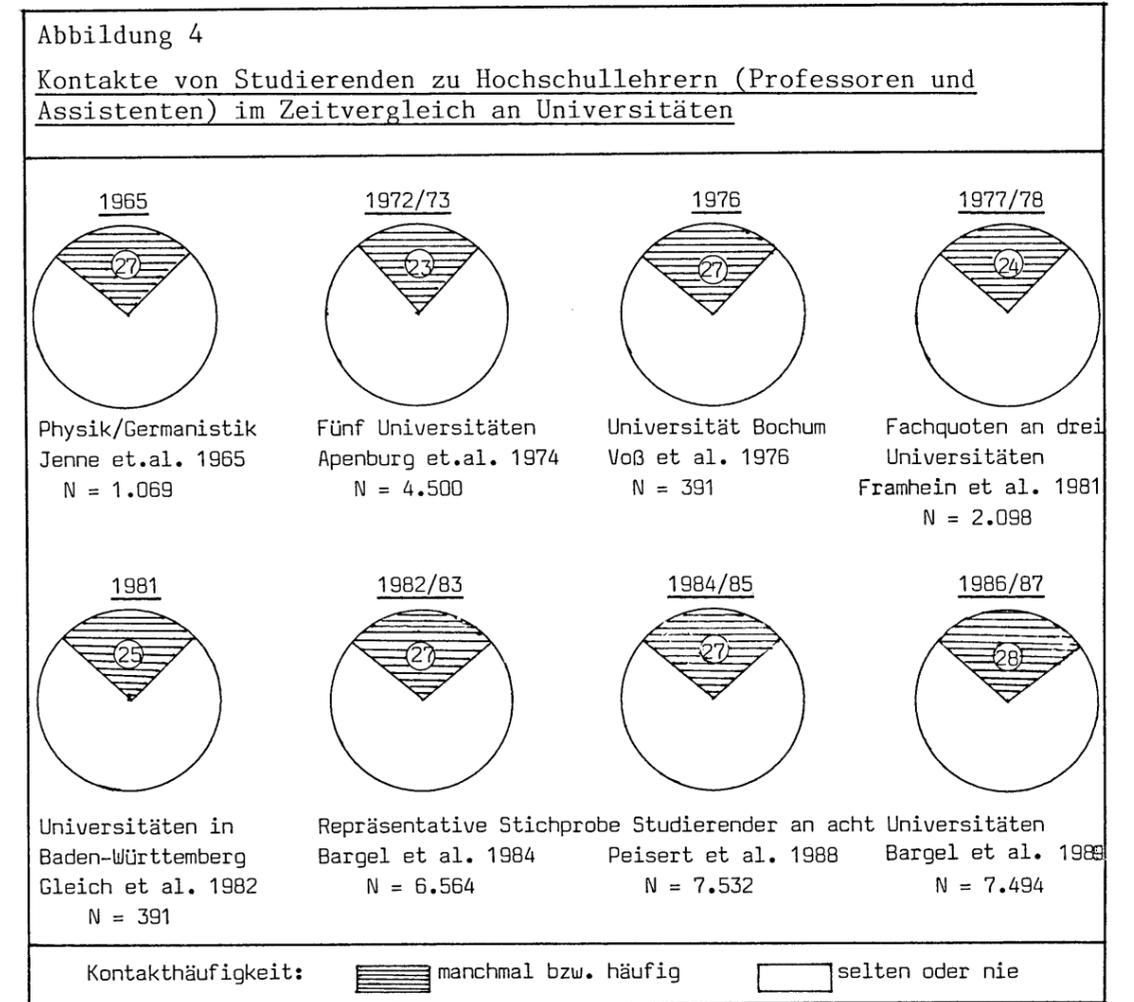
Die Wünsche und Forderungen zur Verbesserung der Studiensituation haben sich zwischen 1983 und 1987 an beiden Hochschularten nicht verstärkt, sondern werden mit gleichbleibender oder sogar, wie im Bereich der Betreuung und Kommunikation, mit abnehmender Dringlichkeit vorgebracht. Offenbar ist es trotz zunehmender Studentenzahlen bis 1987 noch gelungen durch besondere Anstrengungen der Hochschulen und Hochschullehrer mögliche negative Auswirkungen oder gar Einbrüche aufzufangen. Somit hat sich alles in allem für die Studierenden die Studiensituation bis 1987 nicht schwieriger oder problematischer entwickelt; sie hat sich aber auch nicht in den kritisierten Punkten entscheidend verbessert.

Es sind demnach zwei Problembereiche, welche die Studienbedingungen nach wie vor besonders beeinträchtigen. Zum einen die ungenügende Betreuung durch Lehrende und die fehlende Arbeit im kleineren Kreis - ein Resultat der großen Studentenzahlen und auch der ungünstigen Hochschullehrer-Studenten-Relation; zum anderen die vielfach ungünstigen Berufsaussichten und der mangelnde Praxisbezug, wodurch sich Unsicherheiten hinsichtlich der Qualifikation und Chancen bei den Studierenden einstellen. Trifft beides zusammen, eine weitere Verschlechterung der Kontakt- und Arbeitsbedingungen und eine Verdüsterung der Zukunftschancen, dann ist mit erhöhter Unzufriedenheit zu rechnen, die sich in politischer Protestbereitschaft niederschlagen kann. Das Beispiel dafür sind die Studierenden der Medizin (vgl. Kapitel 6).

5 Soziale Situation im Studium: Mängel in Kontakten und bei der Betreuung

Der Mangel an Kontakten zwischen Studierenden und Lehrenden ist ein ständiges Problem der deutschen Universitäten der Nachkriegszeit (Gleich/Meran/Bargel 1982). Stets hat ein größerer Teil das Studium durchlaufen, ohne häufigeren Kontakt zu einem Hochschullehrer zu finden. Fast stets war es nur ein Viertel, dem es gelang, mehr Kontakte zu gewinnen (vgl. Abbildung 4).

Die Stabilität der Kontakthäufigkeit bzw. des Kontaktmangels läßt zumindest den Schluß zu, daß in den letzten zwanzig Jahren kaum von einem zunehmenden Kontaktmangel an den Hochschulen die Rede sein kann. Dies ist kein Grund, die gegenwärtige Situation als befriedigend, weil offenbar nicht schlechter als früher, zu beurteilen. Dies verbietet die verbreitete Unzufriedenheit mit den Kontaktverhältnissen und der Stellenwert, den der Kontaktmangel im Spektrum studentischer Studenschwierigkeiten hat. Es ist aber sicherlich ein berechtigter Grund, die manches Mal anzutreffende Verklärung früherer Kontaktverhältnisse zwischen Hochschullehrern und Studierenden in Frage zu stellen, zumindest was die letzten zwanzig Jahre betrifft.



Zudem verweist der Zeitvergleich zur Kontakthäufigkeit darauf, daß ganz offensichtlich mit der Öffnung der Hochschulen zur "Massenhochschule", mit dem starken Anstieg der Studentenzahlen in den 70er Jahren keine Verschlechterung der Kontaktsituation eingetreten ist. Vielmehr wies die Universität bereits vorher, was diesen Aspekt der Kontakte zwischen Studenten und Hochschullehrern betrifft, Züge einer "Massenhochschule" auf - sie ist es unter dieser Perspektive nicht erst in den 70er Jahren geworden.

In den 80er Jahren hat sich die Situation nicht grundlegend geändert. Die Beziehungen zu Professoren und Assistenten bleiben nach wie vor vergleichsweise schwach. Weiterhin hat nur ein Viertel der Universitätsstudenten sowie ein Fünftel der Befragten an Fachhochschulen 1987 zu den Hochschullehrern (Professoren und Assistenten) manchmal oder häufiger Kontakt. Die Kontakthäufigkeit zu den Hochschullehrern hat von 1983 bis 1987 trotz erheblich steigender Studentenzahlen nach den Angaben der Studierenden sogar tendenziell zugenommen. Das Ausbleiben einer Verschlechterung der Kontaktchancen muß wohl den besonderen Anstrengungen der Hochschullehrer gutgeschrieben werden.

Jura-Studenten haben unverändert die wenigsten Kontakte zu ihren Lehrenden, nahezu ebensowenig die Wirtschaftswissenschaftler; nicht einmal jeder zehnte hat in diesen beiden Fächergruppen zumindest manchmal Kontakt zu einem Hochschullehrer. Über relativ viele Kontakte verfügen die Kultur- und Naturwissenschaftler an Universitäten sowie die Sozialwissenschaftler beider Hochschularten.

Im Laufe des Studiums finden zum Teil ausgeprägte Verschiebungen in der Häufigkeit der Kontakte statt. Vor allem an den Universitäten nehmen die Kontakte zu den Lehrenden zu, aber selbst in den höheren Semestern hat nicht mehr als ein Drittel manchmal oder häufiger Kontakt zu einem Professor.

Verständlicherweise halten Studenten wie Studentinnen die bestehenden Kontaktmöglichkeiten für ungenügend. Über die Hälfte hätte gern mehr Kontakte zu den Lehrenden oder zu fachfremden Kommilitonen. Zufriedenstellende Kontakte zu den Lehrenden bestehen nur nach Meinung jedes zehnten Studierenden. Entsprechend den Kontaktdefiziten ist der Eindruck der Anonymität an den Hochschulen weit verbreitet. Nur drei von zehn Befragten meinen, sie hätten an der Hochschule genügend Ansprechpartner, an die sie sich mit ihren Problemen wenden könnten. Bedenklich viele fühlen sich an der Hochschule "unbekannt", so daß es niemandem auffiele, wenn sie eine Woche wegblieben: an den Universitäten fast zwei Viertel (an den Fachhochschulen ist in diesem zentralen Aspekt der Anonymität die Situation noch deutlich günstiger). In allen Studienfachgruppen hat seit der ersten Befragung der Anteil Studierender, die meinen, eine einwöchige Abwesenheit von der Hochschule würde niemandem auffallen, zugenommen, ganz besonders in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften.

Die verschiedenen Beratungs- und Betreuungsangebote durch Lehrende sind im Grunde fast überall vorhanden: Neun von zehn Studierenden berichten, daß es regelmäßige Sprechstunden, spezifische Veranstaltungen zur Studieneinführung und informelle Beratungs- und Betreuungsangebote gäbe. Das vorhandene Angebot wird von den Studierenden aber zu wenig genutzt: Viele Studierende gehen nicht in die Sprechstunde (Uni ca. 40 %, FH sogar über die Hälfte); die informellen Beratungs- und Betreuungsangebote werden noch seltener wahrgenommen. Am besten ist die Nutzung der speziellen Veranstaltungen zur Studieneinführung, die mittlerweile immerhin von etwa drei Vierteln an Universitäten wie Fachhochschulen (dort mit steigender Tendenz) besucht werden. Aber insgesamt bleibt die Nutzung der Beratungs- und Betreuungsangebote durch die Studierenden zu gering.

Zwei Bereiche stehen für die Studierenden an Universitäten wie Fachhochschulen als Beratungsbedarf im Vordergrund: erstens die Betreuung bei der Prüfungsvorbereitung und bei Prüfungsarbeiten, zweitens die Beratung in fachwissenschaftlichen Fragen und bei inhaltlichen Problemen des Studienfaches. An dritter

Stelle folgt die Beratung bei der Studienplanung und dem Studienaufbau, allerdings bereits mit einigem Abstand. Der Beratungsbedarf in allen diesen drei Bereichen hat tendenziell abgenommen, angestiegen ist dagegen der Beratungsbedarf hinsichtlich Berufsfindung und Stellensuche.

Neben fehlenden Kontakten sind mögliche Problemzonen der sozialen Situation der Studierenden die Frage der Finanzierung des Studiums und die Wohnverhältnisse. Hinsichtlich der Studienfinanzierung ist der Anteil Studierender, die ihr Studium überwiegend oder teilweise durch BAföG finanzieren, seit 1983 merklich zurückgegangen: an den Universitäten ist er auf ein Fünftel, an den Fachhochschulen auf ein Drittel gefallen. Dafür hat ein größerer Teil der Studierenden sein Studium durch eigene Erwerbsarbeit finanziert: Jeweils fast drei Viertel gaben Arbeit neben dem Studium als Finanzierungsquelle an; sowohl an Universitäten wie an Fachhochschulen finanziert ein gutes Viertel der Studierenden sein Studium sogar hauptsächlich durch eigene Arbeit.

Während nur geringe Geschlechtsunterschiede in der Studienfinanzierung bestehen, heben sich die Fächergruppen teilweise deutlich voneinander ab. Auf das Geld der Eltern können sich am häufigsten Jura- und Medizinstudenten stützen - ein Vorteil ihrer sozialen Herkunft. Bei beiden Gruppen nahm diese Finanzierungsquelle 1987 einen breiteren Raum ein als vier Jahre vorher. Am seltensten finanzieren Studierende der Sozialwissenschaften und des Sozialwesens ihr Studium aus Mitteln der Eltern. Während letztere weitaus am häufigsten auf die Ausbildungshilfe nach dem BAföG angewiesen sind, verweisen Sozialwissenschaftler häufiger als andere auf eigene Erwerbsarbeit zur Finanzierung des Studiums.

Im Vergleich des angegebenen monatlichen Verfügungsbetrages haben FH-Studenten weniger Geld: Sie geben entsprechend häufiger an, mit dem Geld nicht auszukommen oder sich jedenfalls stark einschränken zu müssen (39 % FH vs. 31 % Uni). An beiden Hochschularten äußert jedoch eine Mehrheit der Studierenden, mit dem verfügbaren Geld ganz gut oder sogar gut auszukommen. In der Einschätzung, ob man mit den verfügbaren Mitteln auskommt, hat es keine Verschlechterungen zwischen 1983 und 1987 gegeben.

Die finanzielle Lage bleibt aber für viele Studierende ein Streß-Faktor: an Universitäten für 17, an Fachhochschulen für 21 Prozent. Ein erheblicher Teil der Studierenden ist demnach durch Probleme der Studienfinanzierung und Erwerbsarbeit in einer konzentrierten Studienführung stark beeinträchtigt.

In der Verteilung der tatsächlichen Wohnformen hat sich seit dem Wintersemester 1982/83 nicht viel verändert: etwas mehr Studenten wohnen in einer Wohngemeinschaft, etwas weniger in einem Zimmer zur Untermiete. Der Anteil von Elternwohner ist nahezu stabil geblieben (Uni ein Drittel, FH zwei Fünftel). Jedoch ist zu beachten, daß nur etwa jeder Zehnte noch bei den Eltern wohnen würde, wenn es nach den eigenen Wünschen ginge. Der Anteil Studierender im Studentenwohnheim liegt knapp unter zehn Prozent, gewünscht wird diese Wohnform nach wie vor noch seltener (Uni 4 %; FH fallend von 6 % auf nun auch 4 %).

Stärker verändert haben sich die Wohnwünsche bei Universitäts- wie Fachhochschulstudenten in zwei Bereichen: mehr Studenten wollen 1987 lieber allein in einer Wohnung leben (Anstieg von 25 auf 32 %; bzw. von 21 % auf 28 %); weniger hingegen bevorzugen eine Wohnung mit Partner/in oder Freund/in (Rückgang von 40 auf 35 %, bzw. von 47 auf 41 %). Die Wohngemeinschaft hat keine weiteren Anhänger gefunden; die Wunsch-Nachfrage ist vielmehr ganz leicht rückläufig.

Die Beurteilung der Wohnverhältnisse ist über die Jahre nahezu unverändert geblieben. Am besten schneidet die Wohnung mit Partner/in bzw. Freund/in hinsichtlich des persönlichen Wohlbefindens ab,

am schlechtesten das Zimmer zur Untermiete, aber auch das Studentenwohnheim schneidet nicht viel besser ab. Es nimmt daher nicht wunder, daß nur sehr wenige Studenten sich eine dieser beiden Wohnformen wünschen.

Trotz aller Vorteile des studentischen Daseins, die nach dem Urteil der Befragten deutlich überwiegen, ist die Studiensituation nicht frei von manchen Belastungen. Für Studierende an Universitäten wie Fachhochschulen stellen bevorstehende Prüfungen den häufigsten Belastungsfaktor dar: jeweils zwei Fünftel empfinden sich dadurch stark belastet; ihr Anteil hat sich bemerkenswerterweise in den letzten Jahren verringert. Ein großer Teil bezeichnet auch die Leistungsanforderungen als persönlich stark belastend, wobei die erwartbaren großen Fachunterschiede bestehen: sie folgen den Unterschieden in den tatsächlich wahrgenommenen Leistungsanforderungen (vgl. Kapitel 4). Belastungen durch Orientierungsprobleme im Studium oder durch Anonymität an der Hochschule sind an Universitäten deutlich verbreiteter als an Fachhochschulen.

Deutlich verringert hat sich an Fachhochschulen die Belastung durch unsichere Berufsaussichten: nur noch 12 Prozent empfinden sich dadurch belastet. Ein Trend zur Besserung ist an den Universitäten dagegen nicht zu erkennen, denn weiterhin fühlt sich jeder fünfte wegen der unsicheren Berufsaussichten stark belastet. Am häufigsten sind dadurch die Sozialwissenschaftler betroffen (40 %).

Der zeitliche Vergleich aller Belastungsfaktoren ergibt insgesamt gesehen eine Verringerung, die in manchen Bereichen erheblich ausfällt; in keinem Aspekt ist eine Verschlechterung eingetreten. Abgenommen hat vor allem der Anteil stark Belasteter wegen bevorstehender Prüfungen oder Orientierungsproblemen im Studium. Dies liegt offenbar nicht nur an verbesserten Prüfungsvorbereitungen und Studienorientierungen (z.B. durch die Einführungsveranstaltungen), sondern auch daran, daß sich die Studierenden selbst bei ungünstigeren Verhältnissen als "belastbarer" darstellen, weil sie sich weniger von Problemen beeindruckt lassen und sich seltener besorgt oder ängstlich geben.

Nach Überzeugung der meisten Studierenden hat es der Student in der Regel besser als Gleichaltrige, die nicht studieren. Mit leicht zunehmender Tendenz ziehen an den Universitäten zwei Fünftel, an den Fachhochschulen ein Drittel ganz entschieden das Studentenleben vor. Dazu mag beitragen, daß sich nach dem Eindruck der Studierenden ihre Stellung in der Gesellschaft ebenso wie ihre Akzeptanz in der Bevölkerung verbessert hat.

Die meisten Studenten sind außerdem alles in allem sehr gern Student. Zwei Drittel äußern eine starke Identifizierung mit der Studentenrolle. Studentinnen identifizieren sich mit der Studentenrolle etwas häufiger, obwohl sie die Situation insgesamt eher als belastend empfinden, eher Benachteiligungen wahrnehmen und häufiger ein anderes Studienfach wählen würden, wenn sie noch einmal am Studienbeginn stünden. Besondere Tendenzen der Rollenidentifizierung sind im Zeitverlauf nicht zu beobachten. Student zu sein und zu studieren, das macht der überwiegenden Mehrheit in allen Fächergruppen Spaß, trotz vorhandener Belastungen und der Kritik an Studien- und Lebensverhältnissen. Die Vorteile und Möglichkeiten überwiegen offensichtlich deutlich.

Mit zunehmender Semesterzahl geht die innere Identifizierung mit der Studentenrolle zurück. Darin ist nicht nur ein Prozeß der Gewöhnung oder gar der Enttäuschung zu sehen, sondern ein normaler Prozeß der Ablösung von der Studentenrolle, vor allem in den höheren Semestern, die sich vor dem Abschluß befinden.

6 Auffallender Trend in der Medizin: mehr Unzufriedenheit, Unsicherheit und Aggressivität

Der Studienverlauf in den medizinischen Fächern steht unter keinem günstigen Stern. Der Zugang zum Studium der Medizin wird schon seit längerem durch den Numerus clausus geregelt. Dadurch mitbedingt zögert sich der Zugang zum Studium über Gebühr hinaus. Denn ehe sie ihr Fachstudium beginnen können, sind die Studierenden der Medizin fast 22 1/2 Jahre alt. Und aufgrund der offiziellen Vorgaben zur Studiendauer mit mehr als 6 Jahren dauert es bei ihnen bis zum Abschluß besonders lange: mit 12,6 vorgesehenen Fachsemestern bis zum ersten Examen stellen sie sich auf die längste Studiendauer ein. Sie sind im Schnitt fast dreißig, ehe sie das Studium beendet haben.

Diese Umstände sind für die Medizin-Studenten besonders ärgerlich, weil sie die stärkste Studienmotivation mitbringen und zugleich die intensivsten Absichten hegen, ihr Studium rasch und effizient durchzuführen. Dies liegt nicht zuletzt an ihrer "professionellen" Grundorientierung, sie wollen möglichst bald in die berufliche Praxis.

Aber trotz hoher zeitlicher Intensität im Studieraufwand und trotz starker Konzentration auf das Fachstudium (eine Notwendigkeit, die sie vielfach bedauern), kann es ihnen nicht gelingen, das Studium in kürzerer Zeit zu absolvieren. Sie sind die einzigen Studierenden, die insgesamt fast durchweg und stabil die für ihr Fach offiziell vorgegebene Studiendauer einhalten, während Studierende anderer Fächer diese meist mehr oder weniger "überziehen".

Der Studiengang Medizin läßt den Studierenden wenig Spielraum: das Medizin-Studium ist am weitesten "durchgeregelt", sogar mehr als Studiengänge an Fachhochschulen, die gemeinhin als "verschulter" gelten. Angesichts des vergleichsweise guten schulischen Leistungsstandes und des damit verbundenen intellektuellen Kompetenzbewußtseins erscheint den Medizin-Studenten ihr Studium allzu sehr auf Faktenwissen beschränkt und verschult. Entsprechend ist der Wunsch nach Entregulierung und eigenen Gestaltungsmöglichkeiten bei ihnen am verbreitetsten.

Selbstverständlich gibt es auch in anderen Fächergruppen harsche Kritik an den Studienanforderungen und -bedingungen. In den Sozialwissenschaften etwa, ganz entgegen den Erfahrungen in anderen Fächern, empfindet sich ein Großteil unterfordert und desorientiert, weil zuwenig an Arbeitsintensität und Faktenwissen abverlangt werde. Bei den Juristen sticht hervor, daß sie weit mehr als in anderen Fächern regelmäßige Leistungskontrollen vermissen - und dieser Mangel an stetigen Rückmeldungen zum Lernfortschritt ist von einem konkurrierenden Sozialklima begleitet. Nicht nur im Medizinstudium liegt nach dem Urteil der Studierenden einiges im Argen.

Insgesamt aber beurteilen die Medizinstudenten die Anforderungsstrukturen in ihrem Fach am ungünstigsten. Die einseitigen Anforderungen an Faktenwissen und blindem Arbeitseifer gehen aus ihrer Sicht auf Kosten des grundlegenden Fachverständnisses, gleichzeitig erscheint ihnen die Einbeziehung fachübergreifender Aspekte besonders vernachlässigt.

Erschwerend kommt hinzu, daß sich in der Medizin zwischen 1983 und 1987 das soziale Klima massiv verschlechtert hat. Sowohl die Konkurrenz unter den Studierenden als auch die wahrgenommene Benachteiligung von Studentinnen hat zugenommen (um 13 Prozentpunkte). Während in den anderen Fächergruppen die Fach-Umwelten in den drei Erhebungen in ihren Vor- wie in ihren Nachteilen annähernd gleich und damit stabil beschrieben werden, ist in der Medizin eine deutliche Verschlechterung eingetreten.

Macht man sich auf die Suche nach Gründen für den auffällig negativen Trend in der Medizin, sind offenbar zwei Umstände dafür verantwortlich. Erstens trat zu den vorhandenen Unzufriedenheiten mit den schlechten Kontaktverhältnissen zu den Lehrenden und Aspekten der Lehrqualität (insbesondere ihrer Praxisferne) die Unzufriedenheit mit den neuen Regelungen zur ärztlichen Vorprüfung hinzu. Zum normalen Studien-Streß in der Medizin kam zweitens eine weitere, für die Mediziner bislang fast unbekannte Belastung: sie müssen sich zusätzlich Sorgen um ihre berufliche Zukunft machen.

Mit den neuen Prüfungsregelungen wurde in der Medizin offenbar ein sehr strenger Notenmaßstab eingeführt. Jedenfalls haben sich die Noten der Mediziner in der Zwischenprüfung stark verschlechtert. Als ehemals besonders gut benotete Schüler am Gymnasium erleben sie solche Verschlechterung als irritierenden Leistungsabfall; die Leistungszufriedenheit der hoch motivierten Mediziner ist daher stark rückläufig. Die Klarheit der Prüfungsanforderungen wird deshalb von ihnen seit 1983 deutlich schlechter beurteilt.

Neben der traditionellen Forderung nach mehr Praxisbezug steht für die Mediziner nunmehr der Wunsch nach einer Änderung ihrer Studien- und Prüfungsordnung mit fast gleicher Dringlichkeit an. Der Anstieg dieser Forderung ist ein deutliches Signal, daß die neuen Prüfungsverfahren mit ihrem Notenmaßstab die subjektive Studiensituation der Mediziner erheblich beeinträchtigt haben.

Im allgemeinen Trend werden die Berufsaussichten 1987 von den Studierenden günstiger als noch 1983 beurteilt, vor allem von den Natur-, Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaftlern. Allein in den medizinischen Fächern haben sich die Berufsaussichten in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Rechneten 1983 nur drei Prozent der Medizinstudenten mit beträchtlichen Schwierigkeiten bei der Arbeitsfindung, stieg dieser Anteil über 20 Prozent im Jahr 1985 auf 24 Prozent im Jahr 1987.

Damit ist mittlerweile jeder vierte Studierende der Medizin stark verunsichert, wie seine berufliche Zukunft aussehen wird. Wegen ihrer herausragenden Berufsorientierung trifft dies die Mediziner noch härter als andere, so daß die Belastung im Studium wegen der unsicheren Berufsaussichten unter ihnen außerordentlich zugenommen hat.

Als Folge äußert 1987 die Hälfte der Mediziner als dringlichen Wunsch zur Verbesserung ihrer Studiensituation: "günstigere Arbeitsmarktchancen", was 1983 weniger als zehn Prozent von ihnen forderten. Gleichzeitig hat der Beratungsbedarf im Hinblick auf die Stellensuche stark zugenommen.

Der negative Trend in der Studiensituation bei den Mediziner erscheint beispielhaft, fast ein "Lehrstück" dafür, wie eine Mischung aus Unzufriedenheit und Unsicherheit sich zu politischer Aktivierung entwickelt, die von aggressiveren Einstellungen begleitet wird.

Unter den Mediziner hat sich in deutlicher Weise die politische Aktivierung gesteigert, und zwar besonders im hochschulischen Bereich - ganz im Unterschied zu den Tendenzen in den anderen Fächergruppen. Dabei haben sich Mediziner auffällig häufiger informellen Aktionsgruppen angeschlossen. Zugleich ist ihre Haltung zur Politik durch zunehmende Distanz und Kritik gekennzeichnet.

Viel deutlicher noch als in den anderen Fächergruppen ist die Bereitschaft zu aggressiveren Formen der Auseinandersetzung und des Protestes gewachsen: Viel mehr Medizinstudenten sind bereit, Vorlesungen zu boykottieren oder sogar Hochschuleinrichtungen zu besetzen. Von einer niedrigen Stufe ausgehend haben sich die Mediziner auf die Stufe mit dem höchsten politischen Aggressivitätspotential zubewegt - und die Kulturwissenschaftler in ihrer Protestbereitschaft fast erreicht.

Es hat den Anschein, als ob die Unzufriedenheit mit den Studienbedingungen vermehrt in Protestbereitschaft umschlägt, die sich jederzeit "entladen" kann. Die Mediziner erscheinen als Vorläufer eines breiteren Protestpotentials, falls sich in anderen Fächergruppen die Studienverhältnisse ebenfalls verschlechtern.

Rahmen und Ziel solchen Protestes - wie bei den Mediziner auch - bleiben allerdings auf die Studienbedingungen und Chancenperspektive begrenzt. Die Trends in den allgemeinen politischen Zielen, Vorstellungen und Werten lassen nicht erkennen, daß damit ideologisch weiterreichende Konzepte verbunden würden, seien sie sozialistischer oder alternativer Provenienz; diese wie jene haben für die meisten weitgehend ausgedient (vgl. Kapitel 10 und 11).

7 Studentinnen verstärken ihre Forderungen

Die Situation von Frauen an der Hochschule hat schubweise immer wieder öffentliche Aufmerksamkeit gefunden; in verschiedenen Phasen entsteht ein "neues Problembewußtsein für ein altes Problem" (Sommerkorn 1981, S. 74). Dabei geht es einerseits um die quantitativen Aspekte der Beteiligung von Frauen am Hochschulstudium, ihre Verteilung auf Fächer mit hohem bzw. niedrigem Anteil weiblicher Studierender sowie die deutlich abfallende Repräsentation von Frauen bei Promotionen, Habilitationen und in den Hochschullehrerrängen. Andererseits geht es um das Zurechtkommen und die Sichtweise von Frauen im Studium, um Hindernisse und Benachteiligungen im Kontext der "männlich geprägten Universität", um Fragen der Identitätsbildung und die Vernachlässigung frauenrelevanter Themen und frauenspezifischer Interessen im Wissenschaftsbetrieb (vgl. Duelli-Klein/Nerad/Metz-Göckel 1982).

Aus den Stellungnahmen der Befragten zur Studiensituation geht hervor, daß Studentinnen im Vergleich zu ihren männlichen Kommilitonen bei gleichem Leistungsstand (gemessen an den Abiturnoten und den Leistungsergebnissen im Studium) ganz allgemein mehr Unsicherheit im Studium verspüren. Sie sind erheblich prüfungängstlicher und mehr besorgt, ob sie das Studium schaffen werden. Sie zeigen weniger Selbstvertrauen im Umgang mit Lehrenden und bei der Beteiligung an Diskussionen in Lehrveranstaltungen. Außerdem erwarten sie sich in allen Fächergruppen weniger Chancen beim Übertritt ins Berufsleben und fragen sich häufiger, ob ihre Studienentscheidung richtig war.

Mit zwei Fragen wurde die Situation von Frauen an der Hochschule direkt angesprochen: Inwieweit konkrete Benachteiligungen von Studentinnen im Studienalltag des Faches wahrgenommen werden und in welchem Maße Forderungen zur Verbesserung der Situation von Frauen im Hochschulbereich befürwortet werden.

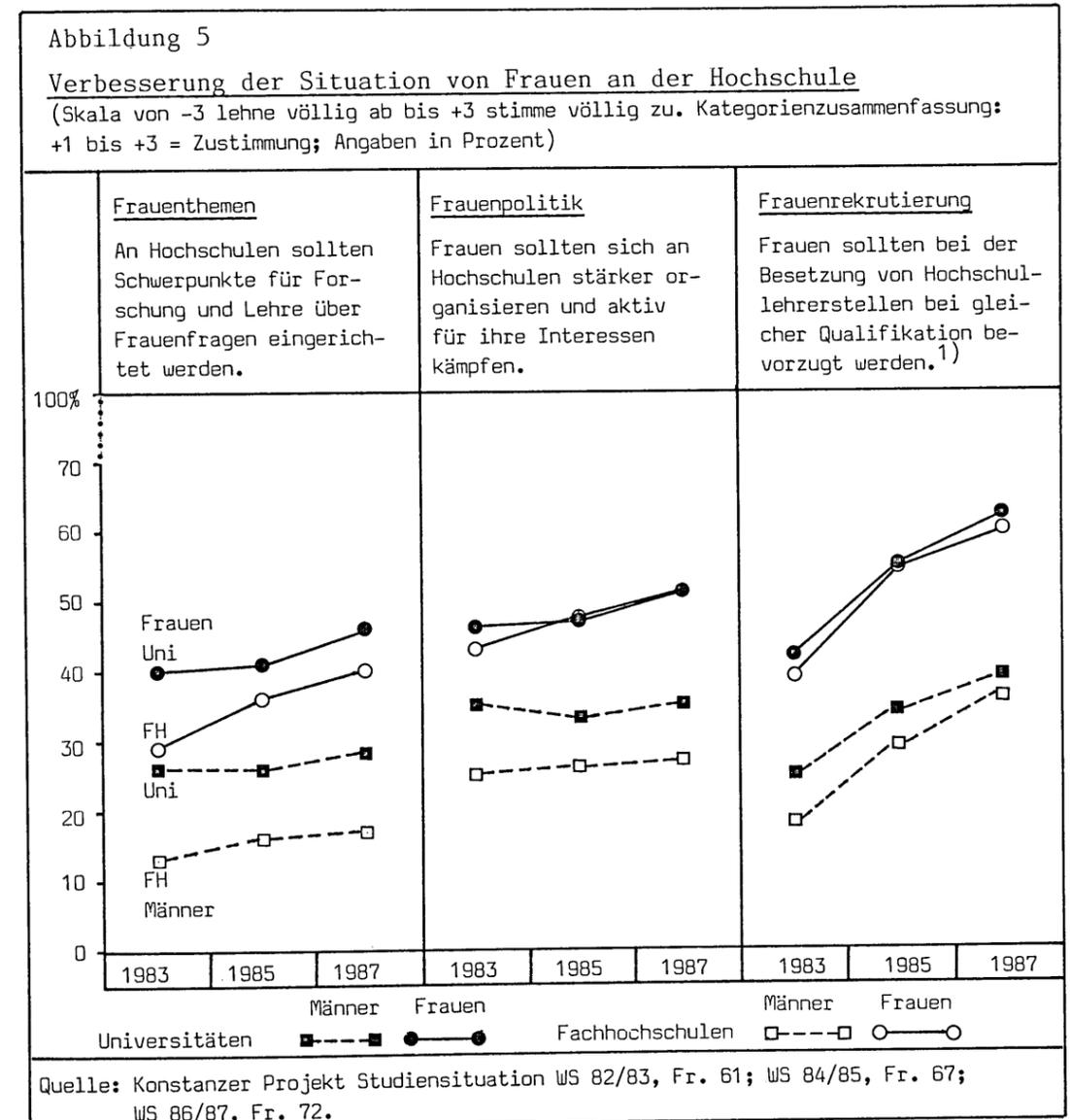
Die Mehrheit der Studierenden an beiden Hochschularten beobachtet in ihrem fachlichen Studienkontext keine deutliche Benachteiligung von Frauen. Ihnen steht eine Minderheit (unter 10 %) gegenüber, die eine Benachteiligung von Studentinnen als Charakteristikum ihres Fachstudium ansieht und eine Gruppe von über einem Drittel (an Universitäten) bzw. über einem Viertel (an Fachhochschulen), für die dies teilweise zutrifft.

Aus der differenzierten Nachfrage zur Situation von Studentinnen an der Hochschule ergibt sich ein ähnliches Bild, das für die Universitäten stets problematischer ausfällt als für die Fachhochschulen. Daß von Studentinnen mehr Leistung verlangt wird und ihre Beiträge weniger ernst genommen würden als die von Studenten, oder daß umgekehrt Studenten von Hochschullehrern mehr unterstützt und gefördert werden als Studentinnen, beides hält jeweils weniger als ein Zehntel der Befragten für völlig zutreffend, drei Fünftel oder mehr sehen dies überhaupt nicht als gegeben an. Die Aussage, die Hochschule sei weitgehend eine Männerinstitution, an der Studentinnen sich nur schwer zurechtfinden und durchsetzen können, hält etwa jeder Zehnte für zutreffend. Überwiegend meinen die Studierenden, daß es von der Person, nicht von der Geschlechtszugehörigkeit abhängt, wie man an der Hochschule zurechtkommt.

Frauen konstatieren in allen Fächergruppen häufiger als ihre männlichen Kommilitonen, daß an der Hochschule (an der Universität mehr als an der Fachhochschule) Männer und Frauen unterschiedlich behandelt und respektiert werden. Zwar ist es auch unter den Frauen eine Minderheit, die eine deutliche Benachteiligung von Frauen bzw. Bevorzugung von Männern für die gegenwärtige Studiensituation als kennzeichnend ansieht, eine teilweise Benachteiligung konstatieren jedoch größere Anteile: zwischen einem Drittel bis zur Hälfte der Frauen bei den einzelnen Vorgaben.

In allen angesprochenen Aspekten äußern die Studentinnen 1987 etwas häufiger wahrgenommene Benachteiligungen als noch vier Jahre zuvor, während dies für ihre männlichen Kommilitonen nicht durchgängig zutrifft.

Im Zeitvergleich haben Forderungen, die auf eine Verbesserung der Situation von Frauen an der Hochschule abzielen, an Unterstützung gewonnen (vgl. Abbildung 5). Dies dürfte durch die neuerliche Thematisierung des äußerst geringen Anteils von Frauen in der Professorenschaft (nur 5%) in der öffentlichen Diskussion mitbedingt sein. Solche Forderungen beziehen sich auf die stärkere Berücksichtigung von "Frauenthemen" in Forschung und Lehre, eine aktive Frauenpolitik und eine



1) Zusatz "bei gleicher Qualifikation" erst ab WS 84/85, was möglicherweise zum stärkeren Anstieg der Zustimmung zwischen dem WS 82/83 und 84/85 beigetragen hat.

ausgleichende Bevorzugung von Frauen bei der Rekrutierung von Hochschullehrern. Im Hinblick auf solche "feministischen" Forderungen ist die Studentenschaft insgesamt in zwei etwa gleich große Lager von Befürwortern und Gegnern gespalten (mit einer neutralen Mitte von rd. 20 bis 30 Prozent). Bei "Frauenthemen" haben die Gegner ein leichtes Übergewicht, bei "Frauenpolitik" und ausgleichender "Frauenrekrutierung" die Befürworter.

Studentinnen treten für die Interessen von Frauen an der Hochschule viel entschiedener ein als Männer. Am deutlichsten sind die unterschiedlichen Positionen dort, wo potentiell konkurrierende Interessen der befragten Studentinnen und Studenten bei der Besetzung von Hochschullehrerstellen involviert sind: 1987 fordern 62 Prozent der Frauen an Universitäten gegenüber 40 Prozent der Männer, daß Frauen - bei gleicher Qualifikation - bevorzugt werden sollten, solange sie unter den Hochschullehrern eine Minderheit bilden. Gerade für diese Forderung hat es unter den Studentinnen einen sehr starken Unterstützungsschub in den 80er Jahren gegeben.

Zwischen den Fächergruppen ergibt sich bezüglich der Unterstützung feministischer Forderungen für den Hochschulbereich stets annähernd die gleiche Rangfolge, die sowohl für Männer und parallel verschoben auf höherem Niveau für Frauen gilt: Mit Abstand am aktivsten engagieren sich Studierende der Sozialwissenschaften und des Sozialwesens (FH) für die Situation von Frauen an der Hochschule; es folgen die Sprach- und Kulturwissenschaften. Am Ende stehen Juristen und Wirtschaftswissenschaftler (Uni und FH), sie reagieren am häufigsten mit Ablehnung gegenüber feministischen Forderungen.

Im Verlauf des Studiums wird die Beurteilung der Situation von Studentinnen an der Universität kritischer und es werden vermehrt Benachteiligungen konstatiert (an Fachhochschulen ist dies nur als leichte Tendenz erkennbar). In welchem Maße diese Tendenz auf konkreten Erfahrungen und tatsächlicher Diskriminierung beruht oder als Effekt des Hochschulbesuchs im Sinne einer zunehmenden Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Ungleichheiten an der Universität einzustufen ist, muß offenbleiben. Gleichzeitig wächst im Studienverlauf die Unterstützung von Forderungen, die auf eine stärkere Berücksichtigung weiblicher Interessen und auf eine stärkere Beteiligung von Frauen in der Hochschullehrerschaft ausgerichtet sind.

Bilanzierend läßt sich resümieren, daß immer noch viele Studierende, insbesondere Studentinnen, Benachteiligungen von Frauen an der Hochschule wahrnehmen, wenngleich nur eine Minderheit, auch der Studentinnen, bewußte Diskriminierung zu erfahren scheint. Gleichzeitig zeigt der zunehmende Trend bei den Forderungen, weibliche Interessen an der Hochschule stärker zu berücksichtigen, daß das Problemfeld Frau und Hochschule noch längst nicht ad acta gelegt werden kann. Vielmehr stellen heute Studentinnen ihre Forderungen häufiger und energischer - was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß sie sensibler auf die Situation der Frau an der Hochschule und ihre Benachteiligungen reagieren.

8 Hochschulpolitisch gleichgültiger, aber zunehmende Protestbereitschaft

Der stille Auszug aus der Hochschulpolitik hat sich unter den Studierenden in den Jahren zwischen 1983 und 1987 weiter fortgesetzt. Nur wenige sind an hochschulpolitischen Fragen und Entwicklungen noch stark, ein größerer Teil ist sogar ausdrücklich gar nicht daran interessiert (vgl. Tabelle 4).

Auch die studentische Politik findet nur noch bei einer kleinen Minderheit an Universitäten oder Fachhochschulen größeren Anklang. Klagen hochschulpolitischer Gruppen über das zunehmende Desinteresse ihrer Kommilitonen sind wohl berechtigt: 1987 standen den Anliegen studentischer Politik fast zwei Fünftel völlig distanziert gegenüber, während es vier Jahre vorher etwa ein Drittel war.

Die weiterreichende Folgerung, auch das allgemeine politische Interesse der Studierenden sei gleichermaßen rückläufig, trifft so pauschal nicht zu. Denn das Interesse am allgemein-politischen Geschehen ist unter den Studierenden immer noch hoch. Zwischen 1983 und 1985 ist zwar ein Abfall im Interesse zu

Wie stark interessieren Sie sich für ...	Universitäten			Fachhochschulen		
	WS 82/83 (6.607)	WS 84/85 (7.663)	WS 86/87 (7.532)	WS 82/83 (1.059)	WS 84/85 (2.324)	WS 86/87 (2.279)
- das allgemeine politische Geschehen?						
- sehr stark	55	48	50	45	38	40
- teilweise	41	47	45	50	54	53
- gar nicht	4	6	5	5	8	7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
- hochschulpolitische Fragen und Entwicklungen?						
- sehr stark	18	15	14	14	13	10
- teilweise	64	65	67	68	64	67
- gar nicht	18	20	19	19	23	23
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
- die studentische Politik an Ihrer Hochschule?						
- sehr stark	10	7	7	7	7	6
- teilweise	57	54	54	57	55	55
- gar nicht	34	39	39	35	38	40
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation WS 82/83, Fr. 91; WS 84/85, Fr. 99; WS 86/87, Fr. 104.

verzeichnen, dem jedoch wieder ein Anstieg bis 1987 gefolgt ist. Die Hälfte der Universitätsstudenten, zwei Fünftel an Fachhochschulen bezeichnen ihr politisches Interesse als sehr stark, nur knapp fünf Prozent als sehr gering.

Mit dem niedrigen Interesse an Fragen der Hochschulpolitik und der studentischen Politik korrespondiert die geringe Beteiligung an Einrichtungen und Gremien der hochschulischen Selbstverwaltung und der studentischen Gruppen. Die aktive Teilnahme an der hochschulischen Selbstverwaltung ist auf einen kleinen Kreis von Studierenden beschränkt. Am ehesten besteht Interesse und Teilnahme an den Aufgaben der Fachschaften, an deren Arbeit sich immerhin etwa jeder siebte beteiligt, wenngleich der größere Teil von ihnen nur gelegentlich.

Die offiziellen Selbstverwaltungsgremien (wie Senat, Konzil) stoßen auf wenig Resonanz bei den Studierenden. Aber auch der studentischen Selbstverwaltung (wie ASTA u.a.) ergeht es kaum besser: Nur wenige berichten von einer zumindest gelegentlichen Teilnahme, sie hat sogar im Laufe der letzten Jahre abgenommen. Demgegenüber hat sich der Anteil Desinteressierter weiter leicht erhöht, an Universitäten und Fachhochschulen gleichermaßen. Noch schwerer haben es die politischen Studentenvereinigungen wie RCDS, JUSOS und andere: die Teilnahmebereitschaft der Kommilitonen ist fast auf ein Minimum gesunken. Immer weniger Studierende sind an solchen politischen Studentenvereinigungen überhaupt interessiert. Der Teilnehmerkreis begrenzt sich mittlerweile auf etwa sieben Prozent an Universitäten und etwa fünf Prozent an Fachhochschulen.

Eher als ASTA und politische Studentengruppen können informelle Aktionsgruppen mit der Teilnahmebereitschaft der Studierenden rechnen. Offensichtlich besteht bei sehr vielen Studierenden ein ausgeprägtes Mißtrauen gegenüber offiziellen politischen Gremien und Verbänden, von denen sie selbst ihre studentischen Vertretungen nicht ausnehmen. Außerdem haben viele zusätzlich Vorbehalte, sich längerfristig in politischen Organisationen zu binden. Daraus resultiert die Neigung zu informellen Aktionsgruppen mit ihren aktuell-punktuellen und kurzfristigen politischen Aktivierungen.

Im Kreis der Teilnehmer und Interessenten an den Einrichtungen und Gremien der hochschulischen Selbstverwaltung wie der studentischen Politik sind einige aufschlußreiche Verschiebungen in der Zusammensetzung nach Studienfächern eingetreten. Vor allem die Sozialwissenschaftler haben sich überproportional aus den informellen Aktionsgruppen zurückgezogen, die Mediziner dagegen haben sich ihnen vermehrt zugewandt, so daß letztere sich nun an solchen Aktionsgruppen gleichermaßen häufig wie die Sozialwissenschaftler beteiligen (jeweils ein gutes Fünftel).

Der Rückzug der Sozialwissenschaftler aus der Hochschul- und Studentenpolitik betrifft die offiziellen Gremien der Selbstverwaltung ebenso wie die Fachschaften und die politischen Studentenvereinigungen. Ihre früher führende, teilweise dominierende Stellung haben sie vielfach verloren. In den politischen Studentenvereinigungen sind sie zwar immer noch am häufigsten vertreten, aber Juristen beteiligen sich nun nahezu gleich häufig (gut jeder Zehnte).

Derartige Verschiebungen in der Zusammensetzung politischer Gruppen und Gremien nach der Fachzugehörigkeit können nicht ohne Folgen für deren Themen und Schwerpunkte bleiben. Denn in den politischen Vorstellungen und Haltungen bestehen zwischen den Fächern gravierende und nachhaltige Unterschiede (vgl. dazu Kapitel 10).

Das wird deutlich, wenn man die Aufgaben betrachtet, die der studentischen Vertretung vorgegeben werden. Vier Aufgaben werden der Studentenvertretung von der Mehrheit, über alle Fächergruppen hinweg

nahezu einmütig als vordringlich zugewiesen: Bemühung um Studienberatung und Studienhilfe, Mitarbeit an Prüfungsbedingungen und Lehrinhalten, Einwirken auf die interne Hochschulpolitik und Befassung mit sozialen Fragen, wie Kontaktförderung, Hilfe bei der Wohnungssuche.

Die Übernahme politisch weiterreichender Aufgaben ist hingegen stark umstritten: das gilt für die allgemeine politische Vertretung nach außen ebenso wie für die Aufgabe, die Studentenschaft politisch zu organisieren. In dieser Hinsicht gibt es unter den Studierenden insgesamt nahezu gleich viele Gegner wie Befürworter. Und hier wird die Fachzugehörigkeit sehr bedeutsam: Während unter den Sozialwissenschaftlern eine deutliche Mehrheit diese Aufgaben der Studentenvertretung stark befürwortet, sind es unter Juristen und Ökonomen vergleichsweise wenige. In den beiden letzteren Fächergruppen hält die Mehrheit nichts oder nur wenig von der allgemeinen politischen Vertretung nach außen durch die Studentenvertretung.

Das verbreitete Desinteresse an hochschulpolitischen Fragen und Entwicklungen ist jedoch nicht als grundsätzliche Meinungslosigkeit zu verstehen. Denn gegenüber Fragen nach Konzepten zur Entwicklung der Hochschulen ist ein klares Meinungsspektrum mit deutlichen Stufen der Befürwortung und Ablehnung bei den Studierenden vorhanden.

In den Stellungnahmen der Befragten zu verschiedenen hochschulpolitischen Konzepten steht der Bereich der Lehre und der Didaktik im Vordergrund: Nahezu unverändert haben für die Studierenden inhaltliche Studienreformen, die Entrümpelung der Studiengänge und die Steigerung der Qualität der Lehre höchste Priorität, wobei diese Forderungen an Universitäten noch entschiedener aufgestellt werden als an Fachhochschulen. Andere Konzepte zur Weiterentwicklung der Hochschulen stoßen bei einem Großteil der Studierenden auf Mißtrauen, solange in diesen drei Bereichen nicht erkennbare Fortschritte erzielt werden. Dies betrifft vor allem Ansätze zur Studienzeitregelung oder zum Wettbewerb zwischen den Hochschulen, die ganz am unteren Ende der studentischen Forderungen stehen.

Ausbau und weitere Öffnung der Hochschulen werden 1987 deutlich seltener verlangt als noch 1983. Die Abschaffung von Zulassungsbeschränkungen (Rückgang von 42 auf 34 % an Universitäten) und die Erweiterung der Ausbildungskapazitäten (Rückgang von 42 auf 37 %) finden seltener Unterstützung. Die Studierenden befürworten ganz offensichtlich weniger den Ausbau des Hochschulwesens als die Verbesserung ihrer aktuellen Studienbedingungen.

Alle weiteren, den Studierenden vorgelegten Konzepte zur Entwicklung der Hochschulen stoßen auf wenig Resonanz oder sind stark umstritten. Die Förderung besonders begabter Studenten war unter den Studierenden stets umstritten. Anfänglich gab es jedoch mehr Befürworter, nunmehr finden sich mehr Ablehnungen: nur noch jeder Fünfte unterstützt dies, aber jeder Dritte lehnt es ab. In diesem Fall hat insgesamt gesehen sogar ein Meinungswechsel stattgefunden.

Die Durchsetzung von Planstudienzeiten (Uni: 8 bis 9 Semester, FH: 6 bis 7 Semester) wird von den Studierenden kaum gestützt. Weniger ablehnend ist die Haltung gegenüber der Einführung von Kurzstudiengängen. In ähnlicher Weise findet die intensivere Nutzung der Studienzeit wenig Anklang. Aber auch in diesem Feld gibt es eine aufschlußreiche Stufung: Die bessere Einbindung der vorlesungsfreien Zeit in das Studienprogramm wird weniger reserviert aufgenommen als die Verkürzung der Semesterferien (z.B. durch Einführung von Trimestern).

Differenziert werden ebenfalls Perspektiven der allgemeinen Hochschulentwicklung beurteilt: eine größere Selbständigkeit der Hochschulen wird eher befürwortet; die Bildung von Schwerpunkten in For-

schung und Lehre an einzelnen Hochschulen bleibt umstritten; Zulassungsprüfungen durch die einzelnen Hochschulen hält die überwiegende Mehrheit für unnötig. Auf noch stärkere Vorbehalte (mit zunehmender Tendenz) stößt das Konzept des Wettbewerbs unter den Hochschulen: zwei Drittel stimmen dem überhaupt nicht zu.

Neue Formen der Hochschulorganisation finden bei den Studierenden fast keine Unterstützung. Das gilt für die Integration von Studiengängen im Rahmen von Gesamthochschulen ebenso wie für die Errichtung von Privathochschulen.

Am meisten haben die Studenten in den letzten vier Jahren sowohl "egalitären" Konzepten (wie der Integration von Studiengängen in Gesamthochschulen) als auch "elitären" Konzepten (wie der verstärkten Förderung besonders begabter Studenten) ihre Unterstützung entzogen: es ist jeweils eine starke Abnahme um 10 Prozentpunkte zu verzeichnen. Was sie für wichtig halten und fordern, bezieht sich in erster Linie auf die innere Entwicklung und Verbesserung des Aufbaus und der Qualität der Studiengänge und Lehre.

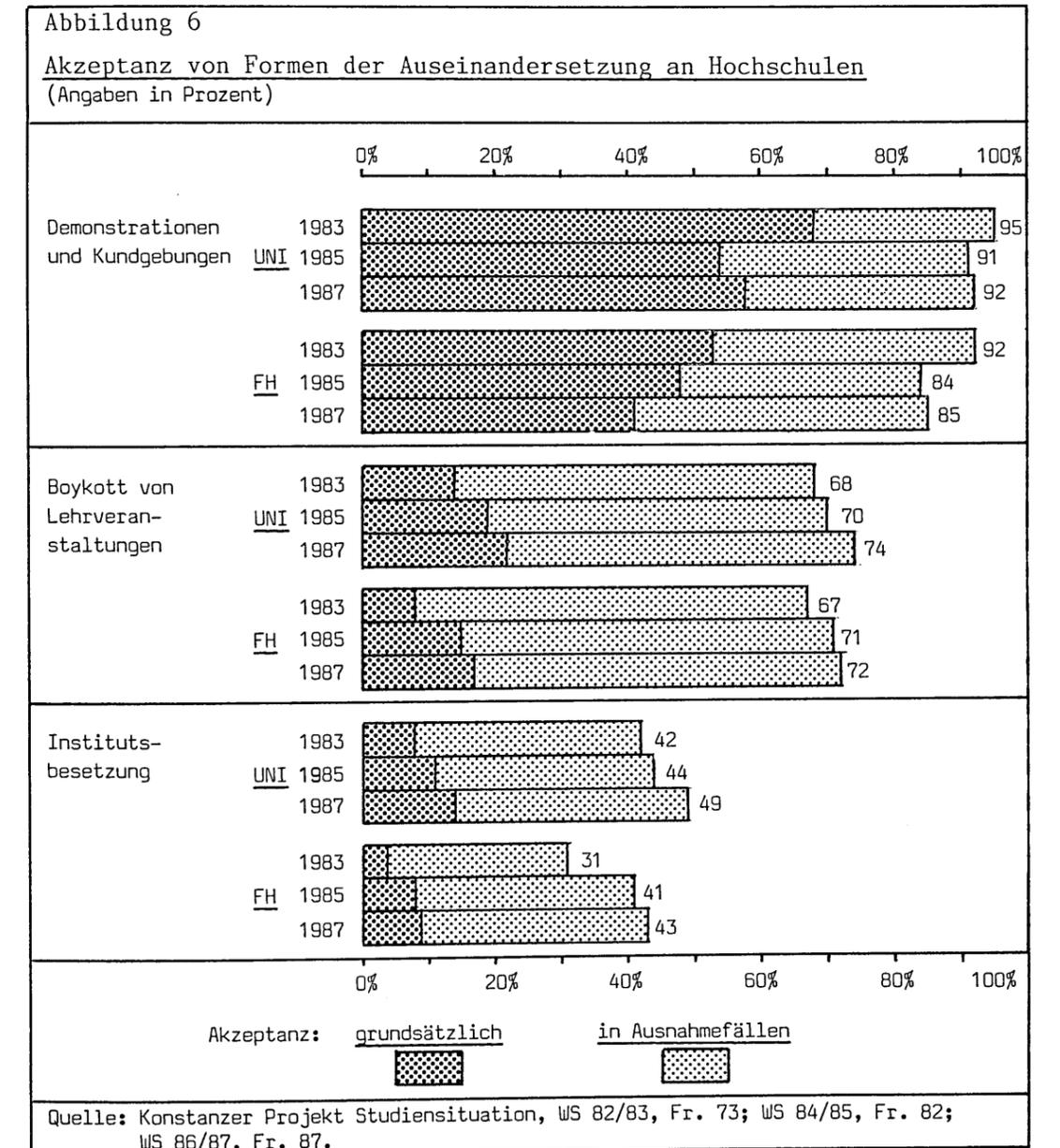
Obwohl das Interesse an Hochschulpolitik und studentischer Politik abgenommen hat, die Beteiligung an politischen Studentenvereinigungen und informellen Aktionsgruppen zurückgegangen ist, hat sich die grundsätzliche Akzeptanz härterer und aggressiverer Kritikformen nicht verringert. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall: der Boykott von Lehrveranstaltungen oder Institutsbesetzungen wird im Winter 1987 von deutlich mehr Studierenden befürwortet als im Winter 1983. Die grundsätzliche Bereitschaft zu solchen Aktionsformen hat sich an Universitäten wie Fachhochschulen gleichermaßen verbreitert (vgl. Abbildung 6).

Zwar sind die grundsätzliche Akzeptanz von Institutsbesetzungen (Uni: 14 %, FH: 9 %) und des Boykotts von Lehrveranstaltungen (Uni: 22 % FH: 17 %) nicht mehrheitsfähig, aber viele Studierende wären bereit, sich in Ausnahmefällen an solchen Aktionen zu beteiligen. Aus diesen Entwicklungen der letzten Jahre ist zu folgern, daß hinter der hochschulpolitischen Abstinenz vieler Studierender weniger Zufriedenheit und Zustimmung zu den Verhältnissen an den Hochschulen steht, sondern vielmehr Ohnmachtsgefühle und Distanzierungen sich dahinter verbergen, die mit zunehmender Protestbereitschaft verbunden sind.

Während die gebräuchlichen Formen der Kritik wie Diskussionen oder Auseinandersetzungen in studentischen Zeitschriften bzw. Drucksachen in allen Fächergruppen von fast allen Studierenden akzeptiert werden, fällt die Akzeptanz der aggressiveren Kritikformen von Fach zu Fach sehr unterschiedlich aus. Drei Gruppen von Fächern lassen sich nach dem Aggressivitätspotential unterscheiden:

- Am geringsten ist es in Jura, den Wirtschaftswissenschaften an Universitäten und Fachhochschulen sowie bei den Fachhochschulingenieuren.
- In der mittleren Stufe liegen die Natur- und Ingenieurwissenschaften an Universitäten; in der Medizin lag das Aggressivitätspotential noch 1983 fast auf gleicher Höhe, ist aber in den vier Jahren darauf besonders auffällig angestiegen.
- Am häufigsten werden die aggressiveren Kritikformen in den Sozialwissenschaften akzeptiert, gefolgt von Studenten des Sozialwesens an Fachhochschulen und - mit einigem Abstand - in den Kulturwissenschaften.

Die Studierenden an Universitäten wie an Fachhochschulen empfinden in fast gleicher Weise eine hohe normative Verpflichtung zur politischen Teilnahme. Sie ist in den letzten Jahren unverändert stark geblieben. Die moralische Distanz zur Politik, die sich darin äußert, daß Politik in besonderem Maße durch Unehrlichkeit und Unfairneß gekennzeichnet sei, wird weiterhin von vielen Studenten geteilt (etwa zwei Fünfteln). Demgegenüber empfindet die Mehrheit der Studenten sich kompetent genug, sich ein eigenes Urteil zu politischen Vorgängen zu bilden.



Jeder fünfte Studierende erklärt sich prinzipiell zu Protestaktionen bereit; weitere 50 Prozent würden sich fallweise anschließen. Danach wären etwa zwei Drittel der Studierenden zu möglichen Protesten aktivierbar, ein Drittel würde sich prinzipiell abstinenter verhalten. Beachtenswert erscheint, daß diese Protestbereitschaft nicht schwindet, sondern eine zwar schwache, aber zunehmende Tendenz aufweist.

Sowohl die hohe normative Verpflichtung zur Teilnahme am politischen Geschehen als auch das sich noch verstärkende Kompetenzbewußtsein in Verbindung mit der ungebrochen vorhandenen latenten Protestbereitschaft vieler Studenten, all dies spricht dafür, daß größere politische Aktivitäten der Studierenden - bei aktuellen Anlässen - jederzeit wieder möglich sind. Gestützt wird die Einschätzung durch die Zunahme der Bereitschaft zu aggressiveren Formen der Auseinandersetzung.

9 Umschwung in den angestrebten Tätigkeitsbereichen

In allen drei Erhebungen ist eine klare Strukturierung studentischer Berufswerte zu erkennen. Unverändert geblieben ist als Grundsockel: das Streben nach einer autonomen, anspruchsvollen und kreativen Tätigkeit, die immer wieder neue Aufgaben stellt.

Auffallend haben extrinsisch-materielle Orientierungen der Studierenden seit 1983 zugenommen, soziale Orientierungen dagegen sind weniger wichtig geworden. So ist die Relevanz eines hohen Einkommens von 18 auf 25 Prozent an Universitäten, von 28 auf 35 Prozent an Fachhochschulen gestiegen. Die Wertschätzung eines sicheren Arbeitsplatzes hat vor allem bei den Fachhochschulstudenten zugenommen. Korrespondierend zur stärkeren materiellen Ausrichtung und den Kompetenzerwartungen an Akademikern im allgemeinen ist die Bedeutung von Führungsaufgaben und Verantwortung leicht gestiegen.

Weniger bedeutsam ist den Studierenden heute eine soziale Ausrichtung des Berufs. Daß der Beruf nützlich für die Allgemeinheit sei, sank in der Wichtigkeit an den Universitäten von 55 auf 47 Prozent, an den Fachhochschulen von 49 auf 41 Prozent.

In den Studienfachgruppen bestehen - analog zu den Studienmotiven - unterschiedliche Profile beruflicher Werte. Soziale Orientierungen finden sich vor allem bei Medizinerinnen und Sozialwissenschaftlerinnen, materielle Orientierungen bei Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlerinnen. Wissenschaftsorientierungen sind vor allem bei den Naturwissenschaftlerinnen ausgeprägt.

Die Studierenden sind seit 1983 in ihren Vorstellungen über spätere Tätigkeitsbereiche noch flexibler geworden, wobei gravierende Verschiebungen eingetreten sind. Vor allem die Nachfrage nach Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft ist unter Universitätsstudenten stark angestiegen. Einen fast marginalen Stellenwert hat heute ein vor Jahren bedeutsamer Tätigkeitsbereich von Hochschulabsolventen: das Schul- und Bildungswesen (vgl. Abbildung 7).

Immer mehr Universitätsstudenten streben eine Tätigkeit als Selbständiger bzw. in der Privatwirtschaft an (Anstieg um 11 bzw. 13 Prozentpunkte). Damit befinden sich unter den Studenten an Universitäten heute mehr als zwei Drittel sicherer bzw. potentieller Nachfrager nach Arbeitsplätzen im privaten Sektor. Auch an den Fachhochschulen hat sich im übrigen, trotz der seit jeher großen Dominanz privat Beschäftigter, das Interesse an einer Tätigkeit als Selbständiger oder in der Privatwirtschaft noch einmal erhöht. Die Studenten beider Hochschularten sehen offenbar in zunehmendem Maße die ökonomische Notwendigkeit, eine Arbeit nicht mehr im staatlichen, sondern im privaten Sektor der Volkswirtschaft zu suchen (vgl. Hegelheimer 1984).

Deutlich gesunken ist in der gleichen Zeit die Attraktivität von Tätigkeiten in alternativen Arbeitskollektiven und -projekten. Zwar scheint sich der Anteil definitiver Nachfrager bei zehn Prozent zu stabilisieren, aber der Anteil potentieller Interessenten ist um 8 Prozentpunkte gesunken. Dies läuft parallel zum Rückgang alternativer Orientierungen in der Studentenschaft generell (vgl. Kapitel 11).

Die je typische Arbeitsplatznachfrage von Männern und Frauen hat sich nicht grundlegend gewandelt; Akzentverschiebungen sind dennoch vorhanden. An Universitäten streben Studentinnen heute in fast gleicher Weise wie die Studenten eine Stelle im Hochschulbereich an. Auch die Anteile, die später bestimmt selbständig werden wollen, haben sich nahezu angeglichen. Dies ändert aber wenig daran, daß auch heute Männer deutlich häufiger in die Privatwirtschaft streben. Unverändert haben Frauen viel häufiger

figer die Absicht, eine Arbeit in alternativen Arbeitskollektiven zu beginnen, in stärkerem Maße haben sie sich dagegen von der Schule als Tätigkeitsbereich abgewendet.

Ganz entscheidend für die studentische Präferenz von Beschäftigungsfeldern ist das Studienfach. Seit 1982/83 haben sich freilich diese fachspezifischen Nachfrageunterschiede verringert. Das liegt nicht zu-

letzt daran, weil heute auch Sozialwissenschaftler vermehrt in die Privatwirtschaft wollen und die Abkehr von alternativen Tätigkeiten am häufigsten vollzogen haben. Die Schule hat als Beschäftigungsbereich in den klassischen Lehramtsstudiengängen der Sprach-/Kulturwissenschaften besonders stark an Bedeutung verloren (minus 19 Prozentpunkte).

Diese Veränderungen sind nur zum Teil Folge sich wandelnder beruflicher Werte, zum anderen Teil Folge veränderter Beschäftigungschancen. Dabei ist seit 1985 die Beurteilung der Berufsaussichten wieder optimistischer geworden. Statt einem Viertel (wie in den ersten beiden Erhebungen) erwartet im WS 1986/87 an Universitäten noch ein Fünftel beträchtliche Schwierigkeiten, überhaupt eine Arbeit zu bekommen, an den FH sogar nur noch 12 Prozent. Allerdings bestehen die großen Geschlechtsunterschiede fort: noch fast ein Drittel der Frauen an Universitäten, ein Viertel an Fachhochschulen, erwartet beträchtliche Schwierigkeiten, überhaupt eine Stelle zu finden.

Die optimistischeren Erwartungen in materieller Hinsicht werden dadurch gestützt, daß die Studenten eine Aufhellung der allgemeinen Aufstiegschancen wahrnehmen und die wirtschaftliche Entwicklung sich in ihrem Urteil positiv stabilisiert hat.

Die insgesamt günstigeren Erwartungen mögen damit zusammenhängen, daß die Studierenden auf die Arbeitsmarktprobleme ausgesprochen flexibel reagieren, ohne aber ihre fachlichen und qualitativen Ansprüche an die Tätigkeit langfristig aufzugeben. So sind die Studierenden heute noch mehr als zu Anfang der 80er Jahre zu einer flexiblen Arbeitsplatzsuche und der Annahme einer mit Belastungen und Einbußen verbundenen Beschäftigung für den Übergang bereit. Allerdings wollen sie nicht darauf verzichten, ihre fachlichen Qualifikationen in der späteren Arbeit zu nutzen.

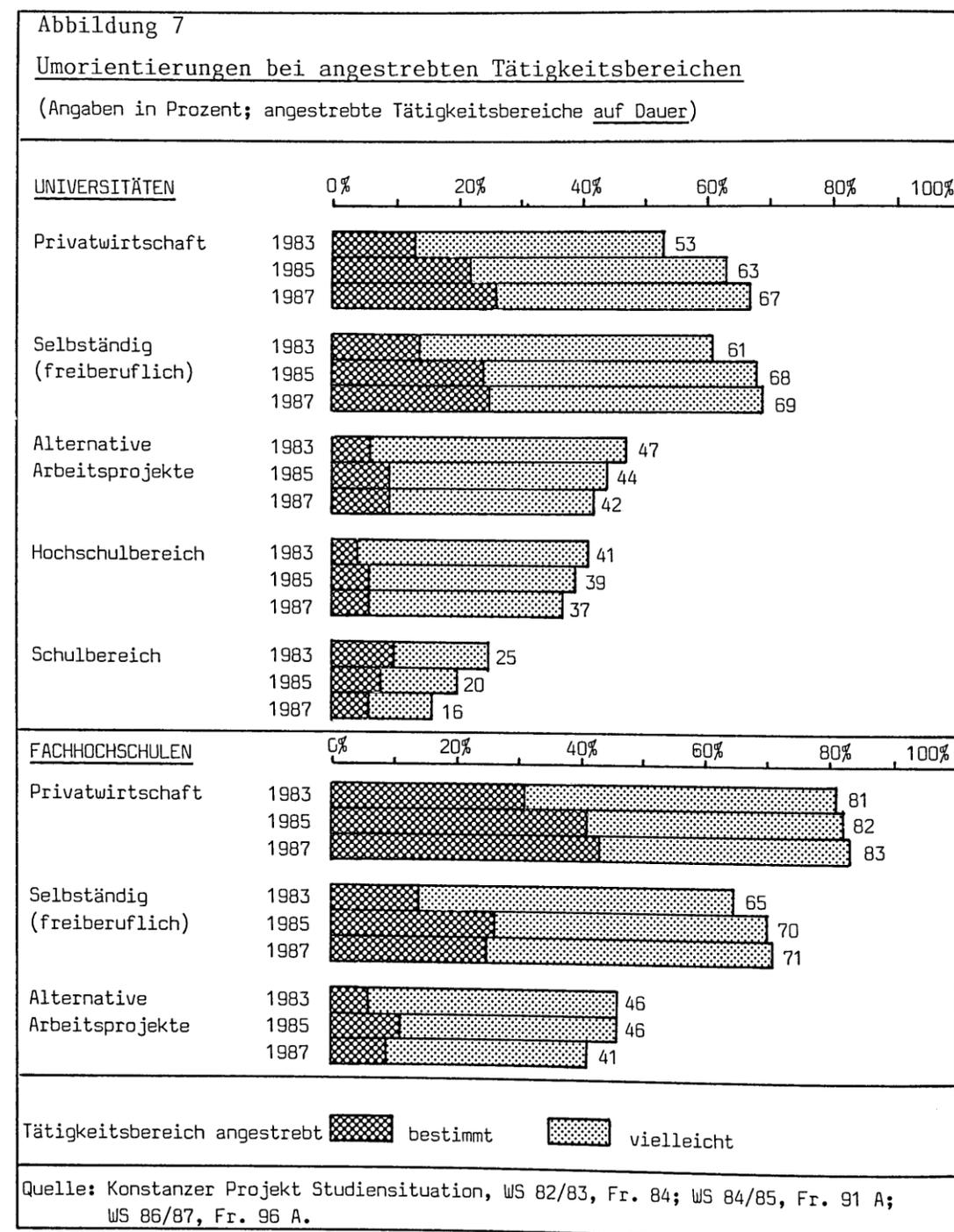
Im Gewicht gestiegen ist die Nutzung der Hochschule bei möglichen Arbeitsmarktproblemen nach dem Motto: lieber studieren als arbeitslos. An Universitäten wie Fachhochschulen zieht die Hälfte ein Aufbau- oder Ergänzungsstudium in Erwägung, falls sich Beschäftigungsprobleme ergeben.

Nach Ansicht der meisten Studierenden eröffnet das Studium nach wie vor Statusvorteile, für etwa die Hälfte sogar sehr große Vorteile, und zwar im Hinblick auf Einkommen, auf Ansehen und auf politischen Einfluß. Den größeren politischen Einfluß oder das höhere soziale Ansehen hält indessen nur ein Drittel für gerechtfertigt. Sehr wohl berechtigt erscheint dagegen wiederum sehr vielen Studierenden, daß Akademiker besser verdienen: an der Universität zu 80 Prozent, an der Fachhochschule sogar zu 88 Prozent.

Tendenziell abgenommen hat die Wahrnehmung von tatsächlichen Einkommens-, Einfluß- und Ansehensvorteilen; angestiegen ist demgegenüber die Befürwortung solcher Vorteile. Vor allem die Zuerkennung eines höheren Einkommens für Hochschulabsolventen durch Universitätsstudenten hat deutlich seit 1985 zugenommen (um sieben Prozentpunkte).

Die Statusvorteile für Hochschulabsolventen rechtfertigen am stärksten die Wirtschaftswissenschaftler. Sie meinen nahezu durchgängig, gefolgt von den Ingenieuren an Universitäten und Fachhochschulen, Hochschulabsolventen verdienen zu recht ein höheres Einkommen.

Für die heutige Studentengeneration haben Hochschulabsolventen weiterhin einen besonderen, herausgehobenen Status, wenngleich sich das kaum als "akademisches Standesbewußtsein", sondern vielmehr als "Qualifikations- und Funktionsbewußtsein" versteht und äußert. In allen drei Erhebungen meinen fast drei Viertel der Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen, Hochschulabsolventen hätten aufgrund ihrer Ausbildung eine besondere Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit.



Die höhere gesellschaftliche Verantwortung begründet sich für viele Befragte in der besseren Vorbereitung durch ein Hochschulstudium auf anspruchsvolle berufliche und gesellschaftliche Aufgaben. Einerseits handelt es sich um einen Vorsprung in eher professionellen Qualifikationen (wie Führungspositionen innehaben, neue Ideen entwickeln), andererseits um Vorteile in intellektuell-politischen Kompetenzen (wie politische Ereignisse kritisch beurteilen, gesellschaftliche Ziele formulieren).

Die Studierenden beschreiben die Vorteile von Hochschulabsolventen in allen drei Erhebungen zwar auf eine ähnliche Art und Weise, die vorhandenen Veränderungen sind dennoch bemerkenswert. Sie weisen für die beiden Bereiche professioneller Qualifikationen einerseits, intellektueller Kompetenzen andererseits nämlich unterschiedliche Vorzeichen auf: eine überdurchschnittliche berufliche Qualifikation wird heute Hochschulabsolventen etwas häufiger, eine gesellschaftlich-politische Kompetenz wird ihnen etwas seltener zugeschrieben.

Seit 1983 unverändert meinen nahezu drei Viertel der Studierenden, Hochschulabsolventen seien von ihrer Ausbildung her besser geeignet, in Politik, Verwaltung und Wirtschaft Führungspositionen einzunehmen. Viele Studierende erheben damit indirekt Ansprüche auf verantwortungsvolle Führungsfunktionen. Diese Führungsqualifikation von Hochschulabsolventen wird im übrigen von den Rechts- und Wirtschaftsstudenten in besonderer Weise betont. Im Unterschied dazu heben Studierende der Sozial- sowie der Sprach-/Kulturwissenschaften die Kompetenzen von Akademikern im Feld von Aufklärung und Kritik hervor.

10 Politische Haltungen: Absage an Extreme, aber kritische Grundhaltung verfestigt

Die Studierenden sind nach wie vor in besonderer Weise am allgemeinen politischen Geschehen interessiert. Die Möglichkeit, sich mit politischen Probleme zu beschäftigen, schätzen viele als Vorteil des studentischen Lebens. Zwar sind nur wenige Studierende bereits "Gladiatoren in der politischen Arena" als Funktionäre oder Amtsinhaber, aber die Studierenden insgesamt sind ein aktives, reaktionsfreudiges Publikum des politischen Geschehens, das mit Stellungnahmen, mit Beifall und Pfiffen, nicht spart. Studenten sind selten bloß passive Konsumenten, vielmehr wirken sie meinungsbildend an den allgemeinen politischen Entwicklungen mit. Deshalb liefern ihre Vorstellungen und Urteile zur Politik aufschlußreiche Signale zum politischen Klima und den vorhandenen Strömungen, nicht nur an der Hochschule.

In der Unterstützung und Ablehnung wichtiger politischer Ziele haben sich zwischen 1983 und 1987 einige bemerkenswerte Verschiebungen ergeben. Sie sind teilweise so groß, daß von einem Umschwung im Meinungsklima gesprochen werden kann. Fünf Grundströmungen des Wandels politischer Zielvorstellungen sind erkennbar (vgl. Abbildung 8):

(1) Die Sicherung der Marktwirtschaft und des privaten Unternehmertums erfährt einen deutlichen Zuzug; das Vertrauen in die Kräfte des Marktes und in technologische Entwicklungen hat stark zugenommen.

(2) Dies ist begleitet von einer Stärkung konventioneller Stabilitäts- und Ordnungsziele wie der Priorität stabiler wirtschaftlicher Verhältnisse oder der Forderung nach härterer Bestrafung der Kriminalität und der Überprüfung auf Verfassungstreue.

(3) Dagegen mußten sozialistische Zielsetzungen gravierende Einbußen hinnehmen (wie zum Beispiel Abschaffung des Privateigentums an Industrieunternehmen und Banken).

(4) Tendenzielle Verluste der Ziele von Gleichheit (z.B. Gleichstellung der Frauen) und Mitbestimmung (der Arbeitnehmer) sind eingetreten, wenngleich sie weiterhin vordere Plätze in der Zielhierarchie einnehmen.

(5) Die Ablehnung von Zielen, die Risikopotentiale enthalten, hat sich weiter verbreitet; das sind Ziele, von denen Studierende eine Bedrohung der Lebenszukunft empfinden (wie verstärkte Nutzung der Kernenergie oder Erhöhung der militärischen Anstrengungen).

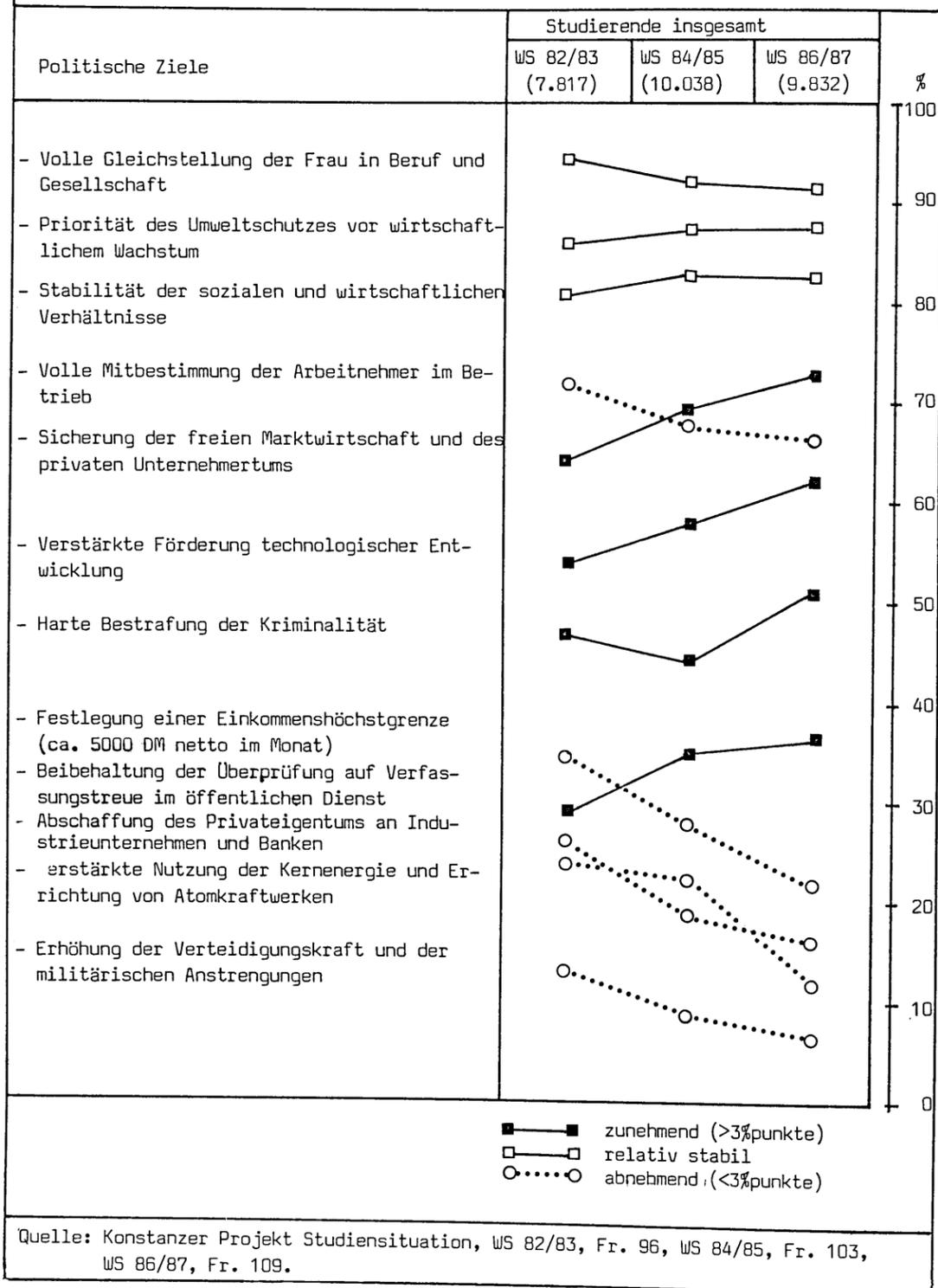
Derartige Veränderungen sind an Universitäten und Fachhochschulen in fast gleicher Weise aufgetreten. Radikal-sozialistische Ziele ebenso wie Ziele mit Risikopotentialen für die Zukunft weisen an beiden Hochschularten die höchsten Verluste auf und werden nunmehr am eindeutigsten und fast unisono abgelehnt. Weit oben in der Zielhierarchie stehen weiterhin Reform- und Entwicklungsziele im Rahmen stabiler Verhältnisse wie Gleichstellung der Frauen und Priorität des Umweltschutzes.

In den verschiedenen Fächergruppen verlaufen die Trends ähnlich. Einige Prononcierungen sind erwähnenswert: Die Unterstützung sozialistischer Ziele hat besonders in den Sozialwissenschaften abgenommen, von Zielen mit Risikopotential vor allem in den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften. Folglich haben Fächergruppen, die 1983 "Hochburgen" spezifischer Zielkonstellationen waren, diesen besonderen

Abbildung 8

Unterstützung politischer Ziele

(Angaben in %; Skala von -3 = lehne völlig ab bis +3 = stimme völlig zu; Kategorienzusammenfassung: +1 bis +3 = Zustimmung)



Charakter teilweise eingebüßt. In den politischen Zielen ist eine gewisse Annäherung der Fächergruppen zu erkennen; die bestehende Kluft hat sich zumindest nicht vergrößert. Dennoch sind die politischen Kulturen der Fächergruppen nach wie vor von Gegensätzlichkeiten gekennzeichnet: In den Sozial- und Geisteswissenschaften finden sozialistische und egalitäre Ziele weiterhin am meisten Unterstützung, in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften dagegen Ziele der konventionellen Ordnung, der Technologieförderung und der Marktwirtschaft.

Anders als die Befürwortung politischer Ziele bedeutet die Unterstützung einer politischen Grundrichtung eine breitere und längerfristige Bindung, die weniger raschen Veränderungen unterworfen ist. Solche politischen Grundrichtungen, wie christlich-konservative, sozialdemokratische, liberale, grün-alternative, kommunistisch-marxistische oder national-konservative, sind zumeist in Form von Parteien organisiert. Wie zu erwarten, haben sich die Haltungen gegenüber den politischen Grundrichtungen nicht im gleichen Ausmaß verändert wie die Urteile zu den konkreteren politischen Zielen. Aber die vorhandenen Verschiebungen weisen in die gleiche Richtung.

Grün-alternative Positionen haben unverändert die größte Anhängerschaft unter Studenten: an den Universitäten stagniert sie auf hohem Niveau (38 %), während sie an den Fachhochschulen leichte Einbußen aufweist (minus 2 Prozentpunkte und somit 31 %). Die sozialdemokratische Grundrichtung hat zwischen 1985 und 1987 etwas an Zustimmung verloren, aber immer noch mehr als ein Viertel der Studierenden teilt sie in eindeutiger Weise. In diesem Zeitraum haben sich leichte Gewinne für liberale und christlich-konservative Grundpositionen eingestellt (plus 3- bzw. 2 Prozentpunkte). Jeweils etwa ein Fünftel stimmte 1987 diesen beiden Grundrichtungen entschieden zu (liberale 21 %, christlich-konservative 18 %). Extremere Positionen hält jeweils nur eine Minderheit: Sowohl die kommunistisch-marxistische als auch die national-konservative Grundrichtung haben weiterhin nicht mehr als zwei bis drei Prozent Anhänger. Die Ablehnung dieser beiden Grundrichtungen hat sich sogar etwas verstärkt.

In den letzten Jahrzehnten hat die Frage nach den demokratischen Überzeugungen der Studenten immer wieder erhebliche Aufmerksamkeit gefunden. Als Instrument zur Untersuchung der demokratischen Einstellungen wird die von Kaase (1971) entwickelte "Demokratie-Skala" angewandt. Sie wurde bereits 1968 erstmals in einer Studentenuntersuchung verwendet (vgl. Wildenmann/Kaase 1968); sie erlaubt deshalb, Veränderungen in den demokratischen Einstellungen der Studierenden über einen längeren Zeitraum zu beobachten. Sie bezieht sich auf wesentliche Elemente demokratischer Verhältnisse wie das Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, die Bedeutung einer kritischen Opposition, die Anerkennung von verschiedenen Interessen und von Konflikten, jedoch die Ablehnung von Gewalt. Es handelt sich um das Grundverständnis einer pluralistischen, offenen und kontroversen Demokratie.

Ein solches Demokratieverständnis war 1968 in der Studentenschaft nicht dermaßen verbreitet, wie man angesichts des damaligen Aufbegehrens der Studierenden und ihrer Forderungen nach "mehr Demokratie" vermuten sollte. Seitdem hat sich das Demokratieverständnis der Studierenden entwickelt und zeigt zunehmend offenere und pluralistischere Züge mit der Anerkennung von Interessen und Auseinandersetzungen, Konflikten und Demonstrationen, Opposition und Kritik. Zugleich ging dieser Wandel mit einer deutlichen Abnahme der Gewaltbereitschaft einher: In den 80er Jahren gehen nur noch wenige Studierende davon aus, daß Gewalt bei bestimmten Konflikten unvermeidlich sei (vgl. Tabelle 5).

Unverändert nahezu einstimmigen Konsens findet die Meinungsfreiheit und deren öffentliche Vertretung. Nach wie vor ist aber die Frage, ob das Recht zu Demonstrationen und Streiks verloren gehe, wenn die öffentliche Ordnung gefährdet werde, jener neuralgische Punkt, an dem sich das Demokratieverständnis

Tabelle 5
 Demokratische Überzeugungen der Studierenden im zeitlichen Vergleich¹⁾

(Jeweils zusammengefaßte Kategorien von +1 bis +3: stimme zu; Angaben in %)

Aussagen zu demokratischen Prinzipien	Ausmaß der Zustimmung					
	1968 3.027 %	1975 1.994 %	1979 420 %	1983 6.607 %	1985 7.237 %	1987 7.532 %
Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen schaden dem Allgemeinwohl.	34	30	17	14	10	9
Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er die öffentliche Ordnung gefährdet.	46	40	29	26	24	25
In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.	17	17	18	8	6	7
Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie zu unterstützen.	28	45	25	21	18	16
Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen.	95	-	94	93	92	93

1) Quelle für 1968: Wildemann/Kaase 1968; für 1975: Does 1976; für 1979 Bürklin, 1980; für 1983 bis 1987: Konstanzer Projekt Studiensituation, Fr. 93 (WS 1982/83); Fr. 100 (WS 1984/85); Fr. 105 (WS 1986/87).

aufspaltet. Die Fachunterschiede, die sich in den letzten Jahren so gut wie nicht verändert haben, treten insbesondere bei dieser Frage nach dem Abwägen von "Demonstrationen und Streiks" versus "öffentlicher Ordnung" auf. Während unter Juristen, den Wirtschaftswissenschaftlern an Universitäten und Fachhochschulen sowie den Fachhochschul-Ingenieuren etwa jeweils die Hälfte die eine oder andere Seite bevorzugt, votieren Sozialwissenschaftler (79 %) und Kulturwissenschaftler (71 %) weit überwiegend eher für das Recht auf Demonstrationen und Streiks. In den erstgenannten Fächergruppen besteht demnach ein konventionelleres, legalistischeres Demokratieverständnis, in den beiden letztgenannten Fächergruppen weist das Demokratieverständnis eines größeren Teils der Studierenden eine kritisch-militante Komponente auf.

In den 80er Jahren hat sich die Bejahung von Interessengruppen und die Akzeptanz einer kritischen Opposition am meisten verstärkt (jeweils 5 Prozentpunkte). Zu beachten ist ebenfalls, daß zwischen 1985 und 1987 wieder eine geringfügige Zunahme der Gewaltbereitschaft eingetreten ist. Da auch die grundsätzliche Akzeptanz von härteren Formen der Auseinandersetzung an Hochschulen (wie Boykott, Institutsbesetzung) zugenommen hat (vgl. Kapitel 8), vermittelt dies insgesamt den Eindruck, daß sich in

der Studentenschaft durchaus ein untergründiges oppositionelles Konfliktpotential eigener Interessenvertretung aufbaut, das aber bislang (1987) keine spezifischen Artikulationspunkte gefunden hat wie etwa in den 60er Jahren die "Systemkritik" an Hochschule, Staat und Gesellschaft.

Die distanziert-mißtrauische Haltung gegenüber bestehenden Institutionen der Demokratie hat merklich nachgelassen. Daß "wirkliche Demokratisierung" nur außerhalb der bestehenden Institutionen möglich sei, dem stimmt im Wintersemester 1986/87 nur noch ein gutes Viertel der Studierenden zu, während es vier Jahre vorher noch etwa ein Drittel war. Die Abnahme von Voten für eine Ausweitung der Demokratisierung bedeutet aber nicht, die demokratische Wirklichkeit würde nun einfach hingenommen. In dieser Hinsicht bleiben die Studierenden in großen Teilen weiterhin kritisch. An den Universitäten lehnt in allen drei Erhebungen mehr als die Hälfte, an Fachhochschulen lehnen über zwei Fünftel die Behauptung ab, unsere Demokratie habe sich bewährt, so daß ständige Reformversuche nicht vonnöten seien.

Aus dem Zusammenspiel beider Stellungnahmen kann gefolgert werden, daß Demokratiebestrebungen in radikaler, außerparlamentarischer oder basis-demokratischer Form heute weniger Zustimmung in der Studentenschaft finden als noch vor einigen Jahren. Dennoch werden die demokratischen Institutionen und ihre Träger vielfach skeptisch, vor allem als reformbedürftig betrachtet, wobei solche Reformen aber nur noch selten als "systemtranszendierende" verstanden werden.

Die kritische Meinung, die gegenwärtige Politik orientiere sich zu stark am Wachstum und den Interessen der Industrie und zu wenig an der Lebensqualität der Menschen, wird von annähernd drei Fünftel der Studierenden eindeutig geteilt: an Universitäten sogar noch leicht häufiger als an Fachhochschulen.

Die kritische Distanz zur praktizierten Politik drückt sich nicht nur in der als falsch eingeschätzten Grundrichtung aus, sondern ebenso (wenngleich nicht ganz so vehement und verbreitet) in der Auffassung, daß sich die etablierten Parteien zu wenig um die tatsächlich wichtigen und drängenden Probleme kümmern. Beide kritischen Haltungen haben sich in der Studentenschaft nicht abgeschwächt, sondern zwischen 1983 und 1987 gefestigt, ja etwas weiter verbreitet. Dabei hat an den Fachhochschulen die kritische Distanz sogar stärker zugenommen, so daß nunmehr kaum noch Unterschiede zwischen den Studierenden beider Hochschularten bestehen, wenn es um die Kritik der praktizierten Politik geht.

In dieser Hinsicht tritt wiederum die große Kluft zwischen den Fächergruppen zutage: auf der einen Seite Juristen und Ökonomen, auf der anderen Seite Sozialwissenschaftler an Fachhochschulen und Universitäten. Aber selbst unter den Juristen und Ökonomen ist die kritische Haltung zur grundsätzlichen Ausrichtung der Politik weit verbreitet (49 bzw. 45 Prozent teilen in diesen beiden Fächergruppen die entschieden kritische Beurteilung); sie ist dominant in den Sozialwissenschaften (89 % FH, 79 % Uni), auch noch weit verbreitet (mit 74 %) in den Kulturwissenschaften.

Will man die Studierenden in ihrer politischen Haltung richtig verstehen, so ist es wichtig, drei Ebenen ihre Einstellungen und Urteile auseinanderzuhalten: Erstens ihre allgemeinen demokratischen Grundeinstellungen und Werte; zweitens ihre Beurteilung der demokratischen Institutionen und Wirklichkeit und drittens ihre Urteile zur praktizierten Politik der Parteien und Politiker. Denn die Studentenschaft insgesamt trägt die demokratischen Grundprinzipien positiv mit. Hinsichtlich ihrer Urteile zur Wirklichkeit der demokratischen Institutionen und ihrer Bewährung ist sie eher gespalten (das gilt auch für die Haltung zum Parlamentarismus). Gegenüber der praktizierten Politik verhält sie sich jedoch überwiegend kritisch, zum Teil stark ablehnend.

11 Wertwandel: Die "stille Revolution" verliert ihre Anhänger

In den 70er Jahren legte der Amerikaner Ronald Inglehart auf der Grundlage breiter empirischer Daten aus mehreren europäischen Ländern eine viel diskutierte These zum Wertwandel vor. Danach verlören "materielle" Werte wie Wohlstand, Sicherheit, Konkurrenz und Leistung an Anhängerschaft und "postmaterielle" Werte würden sich zunehmend ausbreiten wie Selbstverwirklichung, Autonomie, Ästhetik, soziale Beziehungen und Bewahrung der Umwelt. All dies erschien ihm wie eine Umwälzung im Wertebereich, weshalb er von einer "stillen Revolution" sprach. Als Träger dieses Wertwandels machte er vor allem die jüngere Generation und unter ihnen wiederum die höher Qualifizierten, in erster Linie die Studierenden aus (vgl. Inglehart 1979).

In Übereinstimmung mit diesen Thesen erbrachten Untersuchungen der 70er Jahre bei Studierenden die weite Verbreitung einer Alternativkultur und alternativer Strömungen. Die alternativen Orientierungen und Mentalitäten sind zwar bunt und vielfältig, sie lassen sich aber durch einige wichtige Grundzüge kennzeichnen: im Vordergrund steht der vorrangige Grundwert der Selbstverwirklichung, begleitet von der Hinwendung zu anderen Lebensformen (Verzicht auf materiellen Wohlstand) sowie der Abwendung von bisherigen Arbeitsformen (Abkehr von traditionellen Leistungsnormen und Ausstieg aus beruflichen Zwängen); zugleich sind die alternativen Strömungen durch Distanz gegenüber den etablierten Parteien und durch Engagement für ökologische Probleme bestimmt.

Ende der 70er Jahre konnten über zehn Prozent der Studierenden als Anhänger alternativer Werte und Vorstellungen bezeichnet werden; ein weiteres Drittel stand solcher Alternativkultur ausgesprochen aufgeschlossen gegenüber. Nur jeder fünfte Studierende lehnte diese "neuen Werte und Lebensformen" ab: Sie blieben "konventionell" Vertreter der vorhandenen Arbeits- und Lebenshaltungen der Mehrheit. Insgesamt ein knappes Drittel der Studierenden sah Vor- und Nachteile, war meynungsunsicher oder ambivalent: sie standen "zwischen den Kulturen" (vgl. Krause/Lehnert/Scherer 1980, S. 200-203).

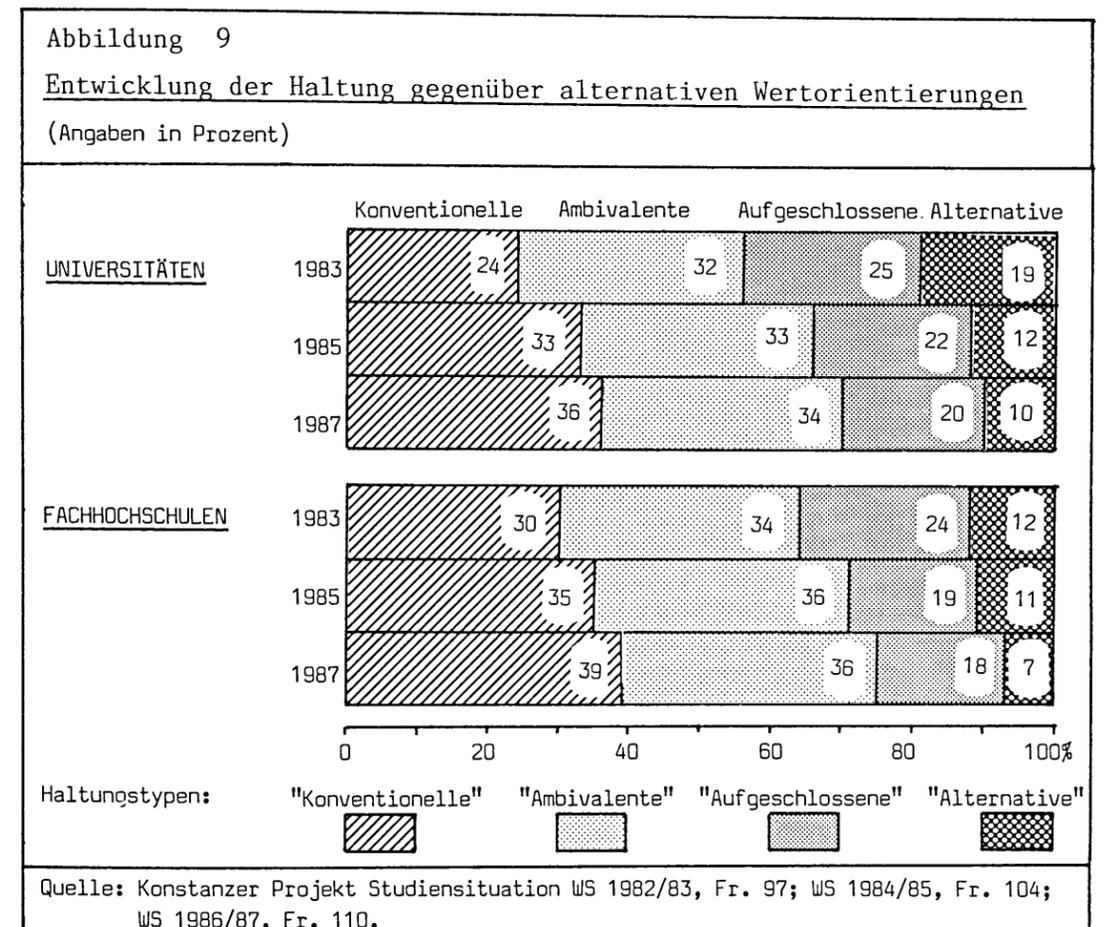
Bis 1983 war eine gewisse Zunahme sowohl der "Konventionellen" als auch der "Alternativen" zu beobachten. Damit war die Spaltung der Studierenden in zwei nahezu gleich große Lager von Konventionellen auf der einen Seite (etwa 23 Prozent) und Alternativen (etwa 19 Prozent) besonders ausgeprägt.

In der relativ kurzen Phase von 1983 bis 1987 haben alternative Orientierungen in der Studentenschaft in fast "erdrutschartiger" Weise an Zustimmung eingebüßt. Alle einzelnen Elemente der alternativen Orientierungen sind von diesem Rückgang betroffen, in auffälliger Weise der alternative Grundwert der Selbstverwirklichung sowie die Formen eines anderen Lebens mit jeweils über zehn Prozentpunkten Abnahme. Dabei korrespondiert die neuerliche Betonung von "materiellem Wohlstand" mit der stärkeren Ausprägung materiell-instrumenteller Vorstellungen in anderen Bereichen wie der Studienmotive und der beruflichen Werte.

In geringerem Maße hat sich die vorhandene Distanz zu den politischen Parteien verändert: an Universitäten hat sie nur schwach abgenommen, unter Fachhochschulstudenten sogar leicht zugenommen. Dagegen ist das Engagement für die Lösung ökologischer Probleme und den Umweltschutz deutlicher von etwa drei Viertel auf knapp zwei Drittel gefallen.

Der Wandel in der Haltung gegenüber alternativen Orientierungen wird besonders deutlich, wenn man die Einstellungen zu den einzelnen Elementen alternativer Lebens- und Arbeitsformen aufsummiert und die vier Gruppen von "Konventionellen", "Ambivalenten", "Aufgeschlossenen" und "Alternativen" bildet.

Als "Alternativer", mit starker Affinität oder völliger Identifizierung, ist 1987 an Universitäten nur noch jeder Zehnte zu bezeichnen, 1983 war es noch etwa jeder Fünfte; der Anteil "Konventioneller", (strikt ablehnend oder überwiegend Vorbehalte) ist dagegen von einem Viertel auf ein gutes Drittel angestiegen (vgl. Abbildung 9).



Damit hat sich das Mehrheitsverhältnis von Konventionellen auf der einen Seite, Alternativen und Aufgeschlossenen auf der anderen Seite umgekehrt. Dies ist nicht nur an Universitäten der Fall, wo der Anteil Konventioneller von 24 auf 36 Prozent anstieg und der Anteil Alternativer plus Aufgeschlossener von 44 auf 30 Prozent fiel, sondern auch an Fachhochschulen: Dort stieg der Anteil Konventioneller von 30 auf 39 Prozent, der Anteil Alternativer und Aufgeschlossener fiel von 36 auf nur noch 25 Prozent. Ganz offenbar hat die "stille Revolution" im Wertebereich unter den Studierenden ihre Anhängerschaft verloren; sie ist in den 80er Jahren durch eine "stille Restauration" abgelöst worden.

Der Trend von alternativen Orientierungen ist an Universitäten wie Fachhochschulen fast gleichlaufend. Ebenfalls fallen die Verluste bei Studenten und Studentinnen nahezu gleich aus. Jedoch stimmen Studentinnen nach wie vor etwas häufiger mit alternativen Einstellungen und Werten überein als ihre männlichen Kommilitonen.

Zugenommen haben Studierende mit konventionellen Haltungen in allen Fächergruppen, am stärksten in den Wirtschaftswissenschaften (plus 16 Prozentpunkte). Abgenommen haben Alternative ebenfalls in allen Fächergruppen, am stärksten (mit minus 16 Prozentpunkten) in den Sozialwissenschaften.

Mit der drastischen Abnahme alternativer Orientierungen geht eine Abkehr in der tatsächlichen Beteiligung an alternativen Lebensformen und Bewegungen einher. Zwar hat sich der Kern jener, die sich regelmäßig oder manchmal an solchen Lebensformen tatsächlich beteiligen (wie Mitarbeit in einem autonomen Arbeitskollektiv, Beteiligung an Bürgerinitiativen oder Engagement in der Friedensbewegung) nicht derart stark vermindert (da es auch von vornherein nicht so viele waren); aber der Anteil jener, die sich weder gegenwärtig beteiligen noch es zukünftig vorhaben, ist deutlich angestiegen. Solche Abkehr ist am häufigsten bei dem Engagement in der Friedensbewegung zu verzeichnen, wo dieser Anteil Distanzierter von 38 auf 49 Prozent an Universitäten, von 42 auf 52 Prozent an Fachhochschulen gestiegen ist.

Bei solchen konkreten Beteiligungsformen nehmen die jüngeren Semester an den Universitäten (1.-4. Hochschulsemester) am häufigsten von einer Beteiligung Abstand. Diese überproportionale Abwendung gilt insbesondere für das Engagement in der Friedensbewegung, aber auch für die Mitarbeit in einem autonomen Arbeitskollektiv und für die Beteiligung an Bürgerinitiativen.

Die Abnahme alternativer Orientierungen ist von einer Wende in der Beurteilung des sozialen Prinzips Wettbewerb begleitet. Die positive Funktion von Wettbewerb, wonach sich ohne Wettbewerb die Menschen nicht anstrengen, wird viel häufiger bejaht. Dagegen wird dessen negative Funktion, daß er die Solidarität zwischen den Menschen zerstöre, wieder seltener bestätigt: 1983 noch von etwa der Hälfte, 1987 nur noch von einem Drittel der Studierenden. Der Trend ist an Fachhochschulen gleich wie an Universitäten, allerdings von einem höheren Sockel aus. In allen Fächergruppen wird nunmehr die positive Funktion von Wettbewerb häufiger als dessen negative Funktion betont.

Dieser Gesinnungswandel in der Studentenschaft gegenüber dem Prinzip Wettbewerb auf einer allgemeinen Ebene besagt aber nicht, daß entsprechende Konzepte in allen Bereichen unterstützt würden. Für den Hochschulbereich erscheint ihnen das Konzept "Wettbewerb unter den Hochschulen" für dessen Entwicklung wenig akzeptabel, sie lehnen es sogar überwiegend ab (vgl. Kapitel 8).

Wo Wettbewerb als Motor für gesellschaftlichen Fortschritt angesehen wird, dort gilt zumeist die Technik als dessen Grundlage. Parallel zur Zunahme der Wettbewerbsorientierung ist ein Anstieg des Technik-Vertrauens unter den Studierenden zu beobachten.

In der Haltung zum technischen Fortschritt ist ebenfalls ein Umschwung eingetreten, der dem Wandel hinsichtlich alternativer Wertvorstellungen entspricht. War noch 1983 bei einem großen Teil (etwa zwei Fünftel an Universitäten, ein Drittel an Fachhochschulen) Technik-Skepsis, ja Technik-Feindlichkeit verbreitet, so herrscht gegenwärtig wieder Technik-Vertrauen vor.

Damals bestritten mehr Studierende (auch an den Fachhochschulen) die These, der technische Fortschritt habe den Menschen überwiegend Gutes gebracht und das werde auch in Zukunft so sein, als ihr zustimmten. 1987 hat sich das Verhältnis an beiden Hochschularten umgekehrt. Von einem Vertrauensschwund in die Technik kann kaum mehr die Rede sein (vgl. Tabelle 6).

Die Zahl der Technik-Skeptiker hat stark abgenommen: Nur noch ein knappes Drittel an Universitäten, etwa ein Viertel an Fachhochschulen teilt die Ansicht, bei geringerem technischen Fortschritt könnten wir

Tabelle 6 Haltungen gegenüber technischem Fortschritt						
(Skala von 0 = trifft überhaupt nicht zu bis 6 = trifft voll und ganz zu; Kategorien-zusammenfassung: 5-6 = trifft völlig zu; Angaben in %)						
	Universitäten			Fachhochschulen		
	WS 82/83 (6.607)	WS 84/85 (7.663)	WS 86/87 (7.532)	WS 82/83 (1.059)	WS 84/85 (2.324)	WS 86/87 (2.279)
<u>Technik-Vertrauen</u> Probleme, wie z.B. Umweltverschmutzung, können auf Dauer nur durch den technischen Fortschritt gelöst werden.	36	36	38	47	48	51
<u>Technik-Skepsis</u> Bei geringerem technischen Fortschritt können wir auch ganz gut leben, vielleicht sogar besser.	41	36	32	33	32	27
<u>Technik-Bedrohung</u> Der technische Fortschritt ist inzwischen gefährlich, er bedroht die Menschen mehr als er ihnen nützt.	38	33	31	31	28	25

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation WS 82/83, Fr. 75; WS 84/85, Fr. 83; WS 86/87, Fr. 88.

auch ganz gut leben, oder meint gar, der technische Fortschritt sei inzwischen gefährlich und bedrohe die Menschen, mehr als er ihnen nützt.

Diese veränderte Haltung gegenüber der Technik entspricht der breiteren Unterstützung des politischen Zieles: "Förderung der technischen Entwicklung". Daß darin aber kein Blankoscheck für jedwede technische Nutzung zu sehen ist, belegt die viel geringere Unterstützung des Zieles "verstärkte Nutzung der Kernenergie und Errichtung von Atomkraftwerken" (vgl. Kapitel 10).

Der Trend eines wieder erstarkten Vertrauens in technische Lösungsmöglichkeiten ist aber nicht in allen Fächern in gleicher Weise vorhanden. Ingenieure und Naturwissenschaftler machen den Trend zu weitem Technikvertrauen interessanterweise nicht mit. Außerdem erweisen sich diese in ihrem Studium am ehesten mit Technik befaßten Studenten keineswegs als diejenigen, die vorrangig auf die Technik setzen. Das ist vielmehr den Ökonomen an Universitäten und Fachhochschulen vorbehalten. In den letzten beiden Jahren hat im übrigen in den Geistes- und Sozialwissenschaften der Eindruck der Bedrohung durch Technik wieder leicht zugenommen. Diese fächerspezifischen Unterschiede belegen, daß der Trend zu mehr Technik-Akzeptanz nicht auf fachübergreifendem, stabilen Boden steht.

Literaturverzeichnis

- Anger, H.: Probleme der deutschen Universität. Tübingen: Mohr (Siebeck), 1960.
- Bargel, T.: Schulleistung und Ausbildungswahl. In: H. Peisert (Hg.): Abiturienten und Ausbildungswahl. Weinheim: Beltz, 1981, S. 137-154.
- Bargel, T./Framhein, G./Gleich, J.-M./Kammhuber, S./Lenske, W./Peisert, H.: Studiensituation und studentische Orientierungen. Eine empirische Untersuchung im Wintersemester 1982/83. (BMBW, Studien zu Bildung und Wissenschaft 5). Bad Honnef: Bock, 1984.
- Bürklin, W.: Links und/oder demokratisch? Dimensionen studentischen Demokratieverständnisses. Politische Vierteljahresschrift Nr. 21, Heft 3, 1980, S. 220-247.
- Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW): Grund- und Strukturdaten 1987/88. Bad Honnef: Bock, 1987.
- Dippelhofer-Stiem, B.: Hochschule als Umwelt. Probleme der Konzeptualisierung, Komponenten des methodischen Zugangs und ausgewählte empirische Befunde. (Blickpunkt Hochschuldidaktik, Bd. 74). Hamburg, 1983.
- Does, K.-J.: Studenten 1975 - Ergebnisse einer Befragung unter Studenten zu Studium, Beruf, Politik und Hochschule. (Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung). St. Augustin, 1976.
- Duelli-Klein, R./Nerad, M./Metz-Göckel, S. (Hg.): Feministische Wissenschaft und Frauenstudium. (Blickpunkt Hochschuldidaktik, Bd. 71). Hamburg, 1982.
- Framhein, G./Bargel, T./Dippelhofer-Stiem, B./Peisert, H./Sandberger, J.-U.: Studium und Hochschulpolitik. Eine Untersuchung über Informationsverhalten, Studiensituation und gesellschaftspolitische Vorstellungen von Studenten. (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Schriftenreihe Hochschule 39). München, 1981.
- Funke, A. (Hg.): Hochschulzugang und Probleme beim Studium von Arbeiterkindern. (Hans-Böckler Stiftung, Graue Reihe Nr. 38). Düsseldorf, 1986.
- Gleich, J.M./Meran, G./Bargel, T.: Studenten und Hochschullehrer. Eine empirische Untersuchung an baden-württembergischen Universitäten. (Bildung in neuer Sicht, Nr. 48). Villingen-Schwenningen, 1982.
- Helberger, C./Schulz, U.: Der Einfluß der Studien- und Prüfungsorganisation auf die Fachstudiendauer. (BMBW, Studien zu Bildung und Wissenschaft 48). Bad Honnef: Bock, 1987.
- Hegelheimer, A.: Strukturwandel der Akademikerbeschäftigung. Vergangenheitsentwicklung und Zukunftsperspektiven. (Forschungsberichte zur Bildungsplanung und Bildungsökonomie). Bielefeld, 1984.
- Hochschul-Informationssystem (Hg.): Studienzeiten auf dem Prüfstand. (Hochschulplanung, Bd. 70). Hannover: HIS, 1988.
- Huber, L.: Studiensituation heute und Wandel der Studentenrolle. (IZHD, Universität Hamburg, Hochschuldidaktische Stichworte 19). Hamburg, 1985.
- Inglehart, R.: Wertwandel in den westlichen Gesellschaften. Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten. In: Klages, H./Kmieciak, P. (Hg.): Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt: Campus, 1979, S. 279-316.

- Isserstedt, W./Leszczensky, M./Schnitzer, K.: Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes. (BMBW, Studien zu Bildung und Wissenschaft 42). Bad Honnef: Bock, 1986.
- Jansen, R.: Individuelles und kollektives Erleben universitärer Umwelt. (Europäische Hochschulschriften, Reihe 6, Bd. 209). Frankfurt: Lang, 1987.
- Kaase, M.: Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Band II. München: Olzog, 1971, S. 119-326.
- Krause, C./Lehnert, D./Scherer, K.-J.: Zwischen Revolution und Resignation? Alternativkultur, politische Grundströmungen und Hochschulaktivitäten in der Studentenschaft. Bonn: Neue Gesellschaft, 1980.
- Oehler, Ch./Birk, L./Blahusch, F./Kazemzadeh, F./Kraft-Krumm, D.: Studienplanung und Organisation der Lehre. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in der Hochschulregion Frankfurt und Darmstadt. (HIS, Reihe Hochschulplanung 25). München: Saur, 1976.
- Peisert, H./Bargel, T./Framhein, G.: Studiensituation und studentische Orientierungen an Universitäten und Fachhochschulen. 2. Erhebung zur Studiensituation im WS 1984/85. (BMBW, Studien zu Bildung und Wissenschaft 59). Bad Honnef: Bock, 1988.
- Sandberger, J.-U./Lehner, H.: Hochschulzugang und Studienverzicht im Zeichen von Numerus clausus und Arbeitsmarktunsicherheit. In: Hoffmann-Nowotny, H.-J. (Hg.): Unbeabsichtigte Folgen sozialen Handelns. (Soziale Indikatoren IX). Frankfurt/New York: Campus, 1982.
- Sommerkorn, I.: Frauen als Lehrende und Lernende an der Hochschule. In: Sommerkorn, I. (Hg.): Identität und Hochschule. (Blickpunkt Hochschuldidaktik, Bd. 64). Hamburg, 1981.
- Stegmann, H.: Hochschulzugang und sozialer Wandel. In: Funke, A. (Hg.): a.a.O., 1986, S. 88-112.
- Walter, H.-G.: Zwischen Schule und Hochschule - das Ausbildungsverhalten von Arbeiterkindern. In: Funke, A. (Hg.), a.a.O., 1986, S. 199-221.
- Wildenmann, R./Kaase, M.: Die unruhige Generation. (Lehrstuhl für politische Wissenschaften Universität Mannheim). Mannheim, 1968.
- Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu Aufgaben und Stellung der Fachhochschulen. Köln, 1981.
- Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Struktur des Studiums. Köln, 1986.
- Wissenschaftsrat (Hg.): Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Perspektiven der Hochschulen in den 90er Jahren. Köln, 1988.